Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1071
17.07.2020

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

45. Sitzung (Sondersitzung) (öffentlich)

17. Juli 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Was tut die Landesregierung, um die Krise auf dem Schweinemarkt zu lösen? *(s. Anlage)* **3**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3631

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

* * *

Was tut die Landesregierung, um die Krise auf dem Schweinemarkt zu lösen? *(s. Anlage)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3631

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich begrüße Sie alle herzlich zu unserer heutigen Sondersitzung, auch Frau Ministerin und alle Mitglieder der Landesregierung. Sie wissen, dass die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 8. Juli die heutige Sitzung beantragt hat. Sie hat um einen schriftlichen Bericht gebeten, der Ihnen mit der Vorlage 17/3631 übersandt worden ist.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Einladung einen Hinweis auf Livestreaming enthalten hat. Allerdings ist ein Livestream nur dann möglich, wenn keine Fraktion diesem Verfahren widerspricht. Gestern Abend hat die AfD-Fraktion gegen das Livestreaming Einwände erhoben. Daher müssen wir heute darauf verzichten.

Ich möchte nun gerne der Frau Ministerin das Wort erteilen.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind quasi mitten in der Sommerpause, wenn ich das richtig sehe. Ich bin sehr froh, dass wir dieses wichtige Thema heute hier diskutieren können. Insofern darf ich mich bei der Opposition bedanken, dass wir heute – wir sind jetzt nicht mehr in einer ganz so kritischen Phase – die Möglichkeit dazu haben. Ich schlage vor, dass ich einen Bericht über die aktuelle Situation gebe und dass Staatssekretär Dr. Bottermann, der heute auch mitgekommen ist, Ihnen einen Ausblick gibt: Was bedeutet diese Krise für die weitere Nutztierhaltung bei uns in Nordrhein-Westfalen?

Diese Krise hat natürlich nicht nur eine Bedeutung hier in Nordrhein-Westfalen, sondern sie hat faktisch Bedeutung bundesweit. Auch darauf wird in den Fragen, die uns übermittelt worden sind, Bezug genommen, und das haben wir auch im Branchengespräch hier in Düsseldorf vor etwa zwei Wochen besprochen. Mit dabei sind heute, damit wir Ihre Fragen auch vollumfänglich beantworten können, Abteilungsleiter und Referenten aus dem Haus. Ich freue mich auch, dass der zuständige Abteilungsleiter vom Arbeitsministerium, Herr Leßmann, anwesend ist. Wir kennen ihn von unseren Diskussionen über Industriethemen. Als zuständiger Abteilungsleiter begleitet er uns heute und kann sicherlich noch etwas zu der aktuellen Situation auch des Arbeitsschutzes bei Tönnies sagen, auch wenn das hier nicht primär– darauf muss ich noch einmal deutlich hinweisen – unser Thema ist.

Zunächst zu der aktuellen Situation in unseren Betrieben. Ich bin gestern noch bei einem Betrieb am Niederrhein gewesen, um mich vor Ort mit Schweinemästern, aber vor allen Dingen auch mit Sauenhaltern, auf die die Krise nämlich am stärksten wirkt und auch mittelfristig am stärksten wirken wird, auszutauschen. Zunächst einmal möchte ich allgemeine Zahlen dazu liefern.

Wir haben in NRW 6.800 Schweinehaltungsbetriebe mit 7 Millionen Tieren. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind die Bundesländer, in denen es die meisten Schweine und die meisten schweinehaltenden Betriebe gibt, weshalb wir uns auch eng mit Niedersachsen abstimmen. Niedersachsen leidet im Übrigen unter der Situation „Schlachthofschließung bei Tönnies“ genauso wie wir, weil sie natürlich auch insbesondere – aber nicht nur – im Grenzbereich davon betroffen sind.

Zurzeit sind die Schlachtkapazitäten in Nordrhein-Westfalen um etwa 40 % eingeschränkt. 35 % davon betreffen alleine Tönnies. Auch wenn versucht wird, Tiere an andere Standorte zu bringen, teilweise auch deutschlandweit – ich weiß, hier stellen sich wieder ganz andere Fragen, nämlich Fragen nach den Tiertransporten etc. – umzuleiten und dort zu schlachten, stauen sich die nicht geschlachteten Schweine auf den Höfen an. Etwa 70.000 Schweine sind das pro Woche mit steigender Tendenz. Wenn Tönnies jetzt wieder schlachten kann – auch wenn heute der Prozess gestoppt worden ist; ich gehe aber davon aus, dass er zeitnah wieder anlaufen kann –, wird das sicherlich zur Entspannung der Situation beitragen.

Aus der Fleischwirtschaft ist uns mitgeteilt worden, dass andere Schlachtbetriebe zurzeit nicht in der Lage sind, weitere zusätzliche Kapazitäten anzubieten. Das hat etwas damit zu tun, dass wir in den Betrieben jetzt natürlich auch unter deutlich anderen Hygienebedingungen arbeiten müssen. Das heißt, der Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht eindeutig vor, und deshalb kommen diese Betriebe auch nicht auf 100 % der Kapazität. Westfleisch ist, glaube ich, immer noch nicht dabei, obwohl deren Coronafälle jetzt doch schon einen längeren Zeitraum zurückliegen.

Dazu kommt ein anderer Grund, der uns von der Fleischindustrie genannt wurde: Wir befinden uns in den Sommerferien, und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fahren nach Hause. Die Betriebe rechnen damit, dass ihre Mitarbeiterzahlen erst wieder etwa Mitte September voll aufgestockt sind. Das heißt, wir haben hier eine doppelte Situation; einerseits die deutlich höheren Hygiene- und Arbeitsschutzstandards in den Betrieben, andererseits aber auch das Thema der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dadurch, dass die Tönnies-Schließung bis zum 17. Juli vorgesehen war, stoßen auch die Möglichkeiten der Tierhaltungsbetriebe, Ferkel und schlachtreife Tiere länger in den Betrieben zu halten, auf Schwierigkeiten. Wir stehen dazu in ständigem Austausch sowohl mit der Fleischindustrie als auch mit den Landwirtschaftsverbänden hier in Nordrhein-Westfalen, um die tatsächliche Situation abzufragen. Die Tiere – Sie sind ja alle Profis; Sie wissen das – werden schwerer und benötigen deshalb mehr Platz.

Aber die Schweinemast selbst ist ja nur ein Teil der Produktion. Durch den Rückstau in den Mastbetrieben fehlt der Platz für die nachrückenden Ferkel aus den Ferkelerzeugerbetrieben. Hier berichten auch die Ferkelerzeuger von Platzproblemen in den Aufzuchtställen. Da die Tragezeit der Sauen drei Monate, drei Wochen, drei Tage beträgt, können Sie sich vorstellen, dass dieser Prozess auch nicht einfach anhaltbar, sondern erst mit einer entsprechenden Zeitverzögerung von faktisch einem Vierteljahr aufzuhalten ist. Eine kurzfristige Reaktion der Tierhalter ist hier nicht möglich.

Wenn eine Sau heute nicht besamt wird, dann wirkt sich das frühestens im November/Dezember aus. Teilweise werden – da danke ich vor allen Dingen der Landwirtschaft herzlich für die große Flexibilität – alternative Aufstallungsmöglichkeiten in Maschinenhallen und Fahrsilos geschaffen, um Ferkel unterzubringen und Platz für nachrückende Ferkel zu schaffen.

Insgesamt ist die Lage in den Betrieben angespannt. Wir müssen alles daransetzen, dass wir wieder ein coronagerechtes Schlachten und Zerlegen beginnen können.

Die Nachrichten, dass bei Tönnies nun wieder geschlachtet werden kann, sind auf jeden Fall positiv. Die Rahmenbedingungen werden von den Ämtern vor Ort festgelegt. Wir werden jetzt sehen, ob die bei Tönnies ergriffenen Maßnahmen auch tatsächlich wirksam sind. Wir stehen dazu auch in engem Kontakt mit dem Gesundheits- und Arbeitsministerium. Die Staatssekretäre haben teilweise fast eine Standleitung zum Thema „Tönnies“ und zu der dortigen Situation gehabt. Ich darf Ihnen hier noch einmal – Herr Leßmann, wenn Sie das bitte mitnehmen – ein herzliches Dankeschön an das Ministerium, an die Kollegen bei Ihnen für die enge Zusammenarbeit und auch für das Verständnis für die Situation, die bei uns ansteht, mitgeben.

Noch ein ganz wichtiger Satz für alle, weil das immer mal wieder kursiert: Eine Tötung von Tieren im Bestand, nur weil sie nicht geschlachtet werden können, ist ausgeschlossen – Ausrufezeichen. Es kursiert immer mal wieder der Begriff der „Nottötung“. Das gibt es nicht. Das gibt es nach Tierschutzgesetz nicht. Das möchte ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit klarmachen. Ich sage es auch vorweg, falls irgendwo Anträge kommen: Wir werden das nicht unterstützen, sondern ganz im Gegenteil immer wieder deutlich machen, dass es eine solche Nottötung im Bestand in Nordrhein-Westfalen nicht geben wird.

Der Berufsstand und alle Beteiligten sind aufgefordert, die bereits verfolgten Ansätze freier Stallkapazitäten zu nutzen und voll auszuschöpfen. Wir als Landesregierung können aber nicht – das muss ich bezogen auf Ihre Fragen, Herr Stinka, Frau Watermann-Krass, deutlich sagen – Stallkapazitäten managen. Wir können viel, aber das können wir definitiv nicht, weil uns das überfordern würde, weil wir die Situation vor Ort so nicht kennen. Aber auf lokaler Ebene haben sich Unterstützungsnetzwerke der Kreisbauernschaften unter Beteiligung von Kreisveterinären und Hoftierärzten gebildet. Dort gibt es mittlerweile ein breites Hilfenetzwerk.

Der Staatssekretär hat bereits Anfang Juli hierzu die Verbände angeschrieben und darum gebeten, auf die Mitglieder entsprechend einzuwirken, Stallkapazitäten zu nutzen. Das haben wir allerdings auch schon mit den Verbänden besprochen, als der erste Schlachtbetrieb in Coesfeld aufgrund der hohen Coronainfektionszahlen Probleme bekommen hat. Auch damals haben wir schon darauf hingewirkt und darum gebeten, bei freien Ställen flexibel zu sein. Flexibilität heißt im Übrigen auch, dass nicht immer alle Schweine gleich abgeholt werden müssen, sondern dass man hier auch in unterschiedlichen Gruppen vorgehen kann.

Die Landwirtschaftsverbände und die Landwirtschaftskammer haben hier exzellent reagiert und ihren Mitgliedern ein Konzeptpapier zur tiergerechten Haltung zur Verfügung gestellt. Das sah unter anderem Unterstützungsnetzwerke vor.

Es wird auch – das muss ich auch sagen – ein großes Thema, vorzugsweise heimische Ferkel aufzustallen. Die Idee, jetzt Ferkel aus dem Ausland zu importieren, ist nur begrenzt gut, wenn ich das mal sagen darf. Wir haben hier aufgrund des EU-Rechts allerdings keine rechtlichen Einwirkungsmöglichkeiten, das zu verbieten, weil wir dann sofort ein EU-Problem bekämen. Wir haben den Landwirten aber empfohlen, im Moment keine Ferkel aus beispielsweise Dänemark zu importieren, um den heimischen Ferkelerzeugern Möglichkeiten zu verschaffen. Ich weiß, dass jetzt manche ankommen und sagen: Aber mit den und den Linien haben wir unter Hygienestandards viel Erfolg. – Aber gleichwohl ist die Situation im Moment nicht so, dass wir groß importieren sollten.

Darüber hinaus stellen wir einen erheblichen Preisverfall fest. Mittlerweile sind die Preise für Schlachtschweine deutlich gesunken; sie liegen unter 1,50 Euro pro Kilo. Denn die Ferkelpreise, das wurde uns übermittelt, sind ebenfalls mittlerweile von – ich glaube – ursprünglich 55 Euro auf mittlerweile 38 Euro gefallen, und die weitere Preisentwicklung wird sich jetzt natürlich noch zeigen.

Das ist die aktuelle Lage, in der wir uns befinden. Stand heute wird sich die Situation wahrscheinlich etwas entspannen. Sie wird aber – das darf ich vorhersagen – über die gesamte Coronapandemiezeit angespannt bleiben. Wir können heute nicht davon ausgehen, dass die Schlachtkapazitäten wieder so hochgefahren werden können, wie es vor Corona der Fall gewesen ist. Ich würde das auch keinem verantwortlichen Schlachthofbetreiber empfehlen.

Ich habe es mehrfach gesagt, auch als wir die letzte Debatte im Plenum zu dem Thema geführt haben: Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas auch auf Fehlentwicklungen in der Branche, und zwar in der gesamten Kette. Wir haben jetzt gesehen, was passiert und welcher Druck entsteht, wenn ein Glied dieser Kette – und zwar ein so großes Glied in der Kette – ausfällt. Deshalb fühlen wir uns bestätigt, was das Thema „Nutztierhaltungsstrategie“ in Nordrhein-Westfalen angeht.

Hier besteht wirklich dringender Handlungsbedarf, und zwar – wie ich es schon mehrfach gesagt habe – von der Ladentheke bis in den Stall. Das fängt an mit der Preisbildung im Handel und geht dann weiter über die gesamte Kette, berührt auch das Thema „Weiterentwicklung der Regionalisierung von Schlachtbetrieben“, was wir sicherlich, Herr Rüße, in der Diskussion gleich noch ansprechen werden, und geht bis zur Situation im Stall. Wenn Sie einverstanden sind, wird der Staatssekretär Ihnen jetzt noch einige Folgethemen daraus vorstellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Frau Ministerin. – Herr Bottermann, Sie haben das Wort.

StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV): Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich übernehme gerne. Mir ist es sehr wichtig, zu betonen, dass es mit der Bewältigung der aktuellen Krisensituation nicht getan ist, sondern wir den Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette lenken und diese auf ihre Stabilität und vor allen Dingen Zukunftstauglichkeit untersuchen müssen.

Ein wichtiger Baustein dazu ist sicherlich der im Rahmen der Nutztierstrategie für die Schweinehaltung veröffentlichte erste Bericht zur Zukunft der Nutztierhaltung. Darin wurde ein Blick auf die gesamte Kette geworfen, und es wurden vor allen Dingen schon konkrete Vorgaben für die Schweinehaltung entwickelt. Diesen Transformationsprozess zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und gesellschaftlich akzeptierten Haltung von Nutztieren müssen wir genau in den Blick nehmen. Dies ist auch dort schon beschrieben worden. Allerdings ist der Bericht entstanden, als es keine Seuche gab, als keine Krise war. Der ganzheitliche Ansatz muss die Grundlage sein, um die Krisensituation, wie sie jetzt aufgetreten ist, zu erfassen.

Eine weitere bedeutende Maßnahme zur Einwirkung auf die Strukturen auch für den Sektor „Fleisch“ ist als weiteres Politikinstrument die Förderung von Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung. Für die gesamte Förderperiode von 2014 bis 2020 hat das Land dafür insgesamt 21 Millionen Euro eingeplant, davon stammen 45 % aus EU-Mitteln, der Rest aus Landes- und Bundesmitteln, aus den GRK-Mitteln; die kennen Sie ja.

Im Rahmen des Fördergeschehens werden regionale Projekte grundsätzlich mit einer um 5 % höheren Förderquote bezuschusst. Bei der Auswahl erhalten Projekte mit besonders starkem regionalem Bezug sowie kleine und mittelständige Unternehmen Vorrang. In dieser Förderperiode wurden und werden bislang Projekte im Umfang von rund 14 Millionen Euro gefördert, speziell für die Schlachtstrukturen wurden fünf Projekte im Umfang von rund 2,6 Millionen Euro gefördert: eine Erzeugerorganisation, zwei Metzger, zwei Fleischverarbeitungsunternehmen. Die Förderung wurde für Investitionen in die Produktionserweiterung, in den Bau einer Verarbeitungsstätte, in neue Maschinentechnik sowie in Anlagen zur Verarbeitung von Geflügelfleisch genutzt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch noch einmal kurz darauf hinweisen, dass eine wünschenswerte stärkere Regionalisierung des Schlachtgeschehens in NRW auch eine riesige Herausforderung darstellt. Die Firma Tönnies hat an ihrem Schlachtort in Rheda-Wiedenbrück eine Kapazität von 140.000 Schweinen pro Woche. Angesichts der Größenordnung dieses Betriebes wird klar, dass diese Kapazitäten nicht einfach so schnell mal eben regionalisiert werden können. Aber Corona hat uns gezeigt, dass Änderungen an dieser Stelle unerlässlich sind und zwingend durchgesetzt werden müssen. Wenn von einem Schlachtstandort die gesamte Schweinehaltung im Westen so stark abhängig ist, muss darüber nachgedacht werden, ob die Schlachtstrukturen stimmen.

Allein durch die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen, die in den Schlacht- und Zerlegebetrieben schon jetzt umgesetzt werden, müssen wir zu Strukturänderungen kommen, die auch in der Zukunft wirken. Was bei allen Überlegungen und Plänen zur Veränderung von Strukturen aber in Blick behalten werden muss und, wie ich finde, ausgeschlossen werden sollte, ist, dass die Schlachtung und Zerlegung einfach ins Ausland verlagert wird. Damit hätten wir weder für die heimische Land- und Fleischwirtschaft noch für den Tierschutz etwas gewonnen. Vielmehr muss es unser gemeinsames Ziel und Bemühen sein, die Nutztierhaltung und die Fleischwirtschaft in NRW zukunftsfest zu gestalten. Dabei sind zentrale Leitgedanken wie Nachhaltigkeit, Tier-

wohl, fairer Interessenausgleich in der Lebensmittelkette, angemessene Sozialstandards – die gehören zur Nachhaltigkeit auch dazu – und eine Wertschätzung für das besondere Lebensmittel Fleisch von Bedeutung.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Akteure in der Lebensmittelkette gefordert, vom Landwirt über die Schlacht- und Fleischunternehmen bis zum Handel. Aber auch die Verbraucherschaft und die Gesellschaft insgesamt müssen mitziehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Mein Fazit: Eine stärkere Regionalisierung der Schlacht- und Zerlegestrukturen in NRW ist wünschenswert, aber sie ist nicht einfach von heute auf morgen zu erreichen. Wir werden uns in den nächsten Monaten und vielleicht auch nächsten Jahren damit noch viel intensiver beschäftigen müssen.

Ein erster Schritt dazu war das Branchengespräch Fleisch in Düsseldorf am 26. Juni. Auf Initiative Nordrhein-Westfalens haben sich die Bundesministerin Frau Klöckner sowie die Agrarministerin aus Niedersachsen Frau Otte-Kinast mit unserer Ministerin Ursula Heinen-Esser und mit allen Beteiligten der Lebensmittelkette über die Probleme der coronabedingten Schlachthofschließungen ausgetauscht und die daraus auch für die Zukunft zu ziehenden Schlussfolgerungen analysiert. Die Ergebnisse lauteten zusammengefasst wie folgt:

Wir werden die Tierhaltung in NRW und in Deutschland mit hohen Standards sichern. Es ist eine Betrachtung der gesamten Versorgungskette vom Stall bis zum Teller erforderlich. Hier hat NRW mit der Nutztierstrategie bereits wichtige Impulse gesetzt.

Die Wertschätzung für Lebensmittel ist zu fördern, und die Sozialstandards bei der Erzeugung und Verarbeitung sind sicherzustellen. Wir wollen unfaire Handelspraktiken über die Umsetzung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken verbieten, und die Werbung mit niedrigen Lebensmittelpreisen und eine Preiswerbung für Fleisch sind kritisch zu sehen. Entsprechende Verbote sind zu prüfen.

Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung der Borchert-Kommission vom 11. Februar 2020 werden ausdrücklich begrüßt. Aber ein höheres Tierwohlniveau kann nicht alleine ordnungsrechtlich erreicht werden, sondern muss förderpolitisch begleitet werden. Dazu gehören die Entwicklung klarer Zielbilder, auch in Bezug auf die Nutztierhaltung in Nordrhein-Westfalen, und eindeutige Finanzierungsstrategien.

Das gemeinsame Branchengespräch hat auf unsere Initiative in Düsseldorf stattgefunden. Sie können ersehen, welche bedeutende Rolle NRW bei den bundesweit durchgeführten Diskussionen zum Thema „Tierhaltung und Fleischerzeugung“ einnimmt. NRW ist bereit, sich in den weiteren Diskussionsprozess zur Entwicklung einer gesellschaftlich akzeptablen Nutztierhaltung aktiv und gestaltend einzubringen und in der Landwirtschaft innovative und zukunftsorientierte Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Das zeigt sich im Übrigen auch am Beispiel der Initiative von NRW bei den endlich erfolgreich zum Abschluss gebrachten Verhandlungen über eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit eindeutigen Vorgaben für eine rechtssichere

und zukunftsfähige Sauenhaltung in Deutschland mit dem endgültigen Ausstieg aus der Kastenstandhaltung.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Ferkelerzeugung mit flexiblen, betriebsindividuellen Lösungskonzepten innerhalb der vorgesehenen Übergangsfristen in die Lage versetzt wird, zukunftsorientierte Gruppenhaltungssysteme auch im Bereich des Deckzentrums einzurichten. Für diesen Meilenstein des Tierschutzes im Bereich der Nutztierhaltung wird es auch Beratungsangebote für die landwirtschaftlichen Betriebe geben, auch in Bezug auf die bestmögliche Abrufung der zur Verfügung gestellten Fördermittel des Bundes.

Insgesamt sind wir daher auch im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Nutztierhaltung, die den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen entspricht und dennoch eine wettbewerbsfähige Produktion ermöglicht, gut aufgestellt und auf dem richtigen Weg. Es handelt sich hierbei um eine fortschrittliche Entwicklung, die auch hilft, mit den coronabedingten Problemen besser umzugehen. Denn das Corona-Infektionsgeschehen ist noch nicht vorbei und kann uns jeden Tag vor neue Herausforderungen stellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Dr. Bottermann. – Ich gebe für die antragstellende Fraktion Herrn Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal für die SPD-Fraktion beleuchten, warum wir diese Sondersitzung beantragt haben. Es geht konkret darum, dass wir deutlich machen, wie das Krisenmanagement der Landesregierung in einer – wie der Staatssekretär es gerade ausgeführt hat – sehr schwierigen Krise, in einer Krise auch für die Landwirtschaft zu bewerten ist.

Erinnern wir uns noch einmal an die Zeitabläufe: In der Debatte am 24.06. hier im Landtag hat Minister Laumann deutlich gemacht, dass es durch die Schließung von Schlachthöfen zu diesen Staus, zu diesem Nichtabrufen von Schlachttieren kommen kann. Am gleichen Abend hatte, was ich gut fand, die Vorsitzende des Umweltausschusses alle dort vertretenen Sprecher zu einer Schalte eingeladen, bei denen die Präsidenten Beringmeier und Conzen auf die Situation der Viehhalter eingegangen sind.

Sie baten beide um Unterstützung durch die Politik, und wir haben darüber gesprochen, wie diese aussehen soll. Auf meine Nachfrage hin, wie wir die Situation am 24. einschätzen, wenn innerhalb von 14 Tagen die Kapazitäten nicht wieder so laufen wie vor der Krise, gab es Schweigen. Aber es wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Lage sich dann zuspitzen würde. Ich habe Zweifel geäußert, dass die Kapazitäten wieder 100 % erreichen werden – wie wir es ja heute in Rheda-Wiedenbrück sehen; das habe ich aus Westfleisch gelernt –, weil mir niemand erklären kann, dass die Produktion wieder bei 100 % laufen kann und wir nicht zwangsläufig in eine schwierige Situation eintreten werden, wenn wir Abstände und Sicherheitsstandards erhöhen.

Wir haben im Kreise der Kollegen diskutiert, und ich habe den Vorschlag gemacht, dass wir uns nach 14 Tagen wieder zusammenschalten sollten, weil wir dann die Situation neu bewerten müssten. Leider ist es – vor welchem Hintergrund auch immer – zu diesem wichtigen Gespräch nicht gekommen.

(Zuruf)

– Nein, das sind die Parlamentarier. Ich halte es schon für wichtig, dass, wenn wir die Bedeutung dieses Bereichs betonen, wir dem dann auch Taten folgen lassen müssen. Ich möchte als Politiker aus dem Kreis Coesfeld, aus dem ganzen Land Nordrhein-Westfalen, schon wissen, wofür ich mich einsetzen soll und wie wir hier agieren sollen. Leider kam das Gespräch nicht zustande.

Am 06.07. schlagen die Bundestierärztekammer und die Tierärztekammer hier in Nordrhein-Westfalen Alarm und machen auf die Tierschutzproblematiken aufmerksam, die dadurch entstehen, dass Tiere größer und schwerer werden: Notwendigkeit anderer Transportmöglichkeiten und andere Platzkapazitäten, Tierschutzprobleme. Als sich nun am 08.07. leider nichts getan hatte, ereilte uns dann ein ZDF-Bericht, in dem ein Landwirt – auch aus dem Münsterland, Christoph Selhorst – deutlich sagte, dass wir in diese Tierschutzproblematik hineinlaufen, dass die Grenzen des Systems aufgezeigt werden und dass die Haltung so langfristig nicht mehr artgerecht organisiert werden kann.

Am 08.07. haben wir dann – auch vor dem Hintergrund des gerade angeführten Branchengesprächs Fleisch; auch vor dem Hintergrund des in Ihrem Bericht, Frau Ministerin, erwähnten Berichts zur Versorgungslage von Mai; auch vor dem Hintergrund der Anforderung an den Kreis Coesfeld, sich um Puffer zu kümmern – die Überlegung für diesen Ausschuss gehabt, weil wir darauf gehofft haben, dass wir konkret hören, was eigentlich seit Mai im Kreis Coesfeld nach dem Lockdown geschehen ist.

Der Schaden, der entstehen wird, ist nicht durch sozialdemokratische Vorfeldorganisation beziffert worden, sondern es war die Initiative der Schweinehalter, die den Schaden, der auf Deutschland zurollen würde, auf 20 Millionen Euro wöchentlich geschätzt hat. In Nordrhein-Westfalen sind wir bei einem Schaden von 10 Millionen Euro. Der Preisverfall ist gerade angesprochen worden. Es kommt noch dazu, dass die Tiere, die jetzt eventuell wieder einer Schlachtung zugeführt werden könnten, eine andere Größe haben. Dementsprechend passen Verpackungen und viele andere Dinge nicht. Wir haben also eine ganze Kette von Problemen, die sich an diese Fragen anschließen.

Das alles ist leider – und das hat mich besonders geärgert – von der CDU massiv in einer Pressemitteilung vom 08.07., zu der sich Herr Preuß hat hinreißen lassen, kritisiert worden. Er spricht in seiner Pressemitteilung davon, dass die SPD den verzweifelten Versuch mache, mit einer Sondersitzung Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, weil wir sonst keine anderen wichtigen Themen hätten und. Demnach würden Sondersitzungen nur zu wichtigen Themen abgehalten.

Ich bin dankbar, dass die Ministerin das als wichtiges Thema erkannt hat. Ich wäre sehr froh, Frau Heinen-Esser, wenn Sie der CDU-Fraktion nahebringen könnten, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, zu dem wir hier zusammenkommen.

(Beifall von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will deutlich machen: Der CDU ist es anscheinend nicht so wichtig, wie es Herrn Selhorst oder einem Landwirt aus meinem Wahlkreis, Herrn Beckhove, geht, wie es den 300.000 Schweinen geht, wie wir mit – Sie haben das angesprochen – einer eventuellen Keulung umgehen. Das ist in der Bevölkerung aber ein Thema. Ich möchte das auf keinen Fall. Es ist auch verboten, und das sind ethisch riesige Fragen. Das ist für mich schon wichtig.

Es ist für mich auch wichtig, was der WLV und der ISN sagen. Es ist für mich als Wirtschaftspolitiker auch wichtig, zu wissen, was mit dem Schaden von 40 Millionen Euro passiert.

Es geht uns als Sozialdemokraten letztendlich darum: Wie sieht das Krisenmanagement in dieser zugegeben schwierigen Lage der Landesregierung aus? Und wie werden Perspektiven für die Landwirtinnen und Landwirte entwickelt, die die Situation deutlich schlechter sehen als Sie, Frau Heinen-Esser? Herr Beckhove hat es gerade im Pressegespräch dargestellt. Und es geht auch darum – die CDU-Fraktion hat das in Ihrer Pressemitteilung deutlich gemacht –, dass die Landesregierung nach unserer Einschätzung ihren Job nicht macht. Wenn wir die Sitzung nicht beantragt hätten, wäre über die Fragen, die viele Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ernährungswirtschaft und in der Landwirtschaft an uns stellen, gar keine Öffentlichkeit hergestellt worden.

Sie sprechen in der Pressemitteilung auch noch davon, dass wir Kontrahenten piesackten – wenn wir Sie damit gepiesackt haben, gut, Volltreffer – und in die Trickkiste griffen. Wir sprechen davon, dass die Landesregierung das Heft des Handelns in die Hand nehmen und den Menschen klare Perspektiven aufzeigen muss. Darauf kommen wir sicherlich gleich noch bei der Diskussion über den Bericht.

Die Landesregierung hat kein Konzept. Das Interessante ist ja, dass die Ministerin vorhin sagte: Ab und an haben die Staatssekretäre mal eine Schaltung gemacht. – Ich erwarte von einer Landesregierung, dass im Bericht nicht steht „ca. 30 Videokonferenzen“, sondern wer mit wem gesprochen hat und welche Stallkapazitäten wir haben. Dem wird der Beschluss nicht gerecht.

Wir werden in den Bericht gleich noch einmal hineinschauen. Mir ist wichtig, dass die Politik deutlich macht, dass die Landesregierung am Spielfeldrand steht und sagt: Wir gucken mal, was die Landwirtschaftskammer macht, wir gucken mal, was die Verbände machen. – Die Fragen aber, die sich die Landwirtinnen und Landwirte stellen, sind nach meiner Einschätzung auch mit dem Bericht nicht beantwortet. Uns werden noch eine lange Zeit die Fragen nach dezentralen Strukturen, nach anderen Vermarktungsstrategien, vielleicht nach anderen Formen der Landwirtschaft beschäftigen.

Hier geht es ganz klar und deutlich darum: Was müssen wir akut im nächsten Vierteljahr tun? Was ist jetzt zu tun? Wer spricht eigentlich wann mit wem? Wann müssen wir das organisieren? Es ehrt uns sehr, Frau Heinen-Esser, dass Sie sagen, die SPD würde eine Krise herbeireden. Wenn wir so viel Macht hätten

(Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

– Schauen Sie mal in Ihre Pressemitteilungen! –, dass wir eine Krise herbeireden könnten, dann wäre das sicherlich interessant. Das wollen wir aber gar nicht, sondern wir wollen darüber reden, wie wir diese Krise handeln können. Diese trifft die Landwirtschaft und die Wirtschaft ganz extrem, und sie ist eine Krise, in der letztendlich die Fragen, die Sie vorhin angesprochen haben – Tierschutz, neue Strategie, Akzeptanz – gestellt werden müssen.

Wenn das jetzt schiefläuft, dann wissen wir beide, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung relativ schlecht herzustellen ist. Deswegen bleiben für uns als SPD-Fraktion die Fragen offen. In dem Bericht stehen auch keine genauen Stallzahlen. Sie haben Recht, dass Sie Stallzahlen nicht herbeizaubern können, aber wenn Sie mit den Verbänden im Gespräch stehen, hätte ich zumindest erwartet, dass ich heute erfahren würde, welche freien Stallkapazitäten eigentlich vorhanden sind. Dahin gehend hoffe ich gleich auf Aufklärung.

Wer spricht eigentlich wann mit wem? Wenn wir in dem Bericht lesen, dass wir ca. 30 Videokonferenzen hatten, dann erwarte ich von dem Ministerium, dass auch klar wird, wer mit wem spricht.

Sie sagen, dass die Landwirte andere Ferkel bestellen könnten. Wir wissen doch alle, dass die vertraglich lange gebunden sind und dass Vertragsrecht dagegensteht. Das kann man anstreben. Aber das ist jetzt keine Hilfe für die nächsten Monate.

Ich freue mich auf die Debatte, und ich will noch einmal deutlich machen, dass wir Herrn Beckhove und Herrn Selhorst bei mir im Wahlkreis, im ganzen Münsterland, in ganz Nordrhein-Westfalen sagen müssen, wo die Reise in einer – zugegeben – schwierigen Frage hingeht.

Ich mache meinen Unmut noch einmal deutlich, dass gerade die CDU, die uns in jeder Plenarsitzung vorwirft, wie wir mit Landwirtschaft umgehen würden, uns gegenüber deutlich gemacht hat, dass ihr das Thema sonntags wichtig ist, dann aber, wenn es darauf ankommt, Wertschätzung so behandelt wird, wie wir es in den letzten Wochen erlebt haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Ministerin, wollen Sie direkt antworten?

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich muss direkt darauf antworten, weil Sie, Herr Stinka, so viel gesagt haben, was ich einfach nicht stehen lassen kann.

Ich glaube, in Ihrer Rede ist – ich sage das mal ganz offen – ein bisschen der SPD-Generalsekretär durchgebrochen. Es ist überhaupt keine Frage, dass wir es hier mit einer Krise zu tun haben. Das wird ja von niemandem hier – egal welcher Fraktion – in Rede gestellt. Aber die Frage ist doch, wie wir mit der aktuellen Situation umgehen. Was bedeutet das für die weitere Diskussion? Was haben wir bisher gemacht?

Sie werfen uns vor, dass wir uns mit den Verbänden austauschen. So wie Sie die Landwirte mitgebracht haben, haben wir Herrn Dr. Schlindwein vom Landwirtschaftsverband Westfalen mitgebracht, um Ihnen gegebenenfalls die Zahlen liefern und Eindrücke schildern zu können. Natürlich müssen wir das Problem dieser Krise lösen, indem wir miteinander sprechen. Gerne listen wir Ihnen jedes einzelne Telefonat auf – damit habe ich auch überhaupt keine Schwierigkeiten –, mit wem wir wann gesprochen haben und welche Maßnahmen daraus resultierten.

Sie möchten von uns wissen, welche Ferkel wir konkret wohin gepackt haben. Diese Antwort, lieber Herr Stinka, kann ich Ihnen hier nicht geben, weil wir natürlich darauf angewiesen sind, was vor Ort geschieht. Sie haben Recht: Die Landwirtschaftsverbände haben uns gesagt, sie hielten es 14 Tage durch, danach würde es kritisch. – Diese Aussage ist in Ihrem Gespräch gefallen, und bei uns auch. Wir haben uns daraufhin regelmäßig erkundigt, wie die Situation vor Ort ist, und haben dann ein klares Bild davon bekommen, wo Stallkapazitäten eng sind und welche Unterstützungsnetzwerke es vor Ort gibt. Ich glaube, eine andere Möglichkeit gibt es in der aktuellen Krise nicht, als so zu arbeiten.

Die entscheidende Frage ist aber – die haben Sie angeschnitten, Herr Stinka –: Was bedeutet das für die Zukunft? Und da muss ich betonen: Es ist die CDU-geführte Landesregierung, die eine Nutztierhaltungsstrategie nach vorne gebracht hat. Wir sind es gewesen, die sich mit der Frage beschäftigt haben: Wie soll Schweinehaltung in Nordrhein-Westfalen künftig aussehen? Und ich habe es mehrfach gesagt – manchmal hilft die Wiederholung –: Durch die Coronakrise sehen wir genau, wo Fehlentwicklungen sind. Wir fühlen uns in der Analyse, die wir in der Nutztierhaltungsstrategie gegeben haben, bestätigt, wo tatsächlich Änderungen herbeigeführt werden müssen.

Wir in Nordrhein-Westfalen – das sage ich noch einmal ganz deutlich – und Staatssekretär Bottermann waren diejenigen, die die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung – das ist im Übrigen ein Thema, das den Landwirten tatsächlich zu schaffen macht; sprechen Sie mit Herrn Selhorst noch einmal darüber – vorangebracht haben. Er hat gemeinsam mit Schleswig-Holstein unter Schmerzen einen Kompromiss auf allen Seiten vorangebracht, um hier Änderungen in den Ställen herbeizuführen. Das war Nordrhein-Westfalen. Mir jetzt zu sagen „wir tun hier nichts“, das betrachte ich als echte Frechheit, Herr Stinka.

Ich bin bereit, mit Ihnen über jedes Thema zu reden und darüber, was besser ist, was schlechter ist etc. Ich lasse mir aber nicht vorwerfen „wir tun hier nichts“, während wir seit 2018 mit vielen Erfolgen hart an dem Thema „Nutztierhaltungsstrategie“ arbeiten.

Wir haben ein Brett zu bohren – das habe ich auch schon gesagt –, das das dickste von allen sein wird. Wir werden den Landwirten mit Unterstützungsmaßnahmen helfen können. Der Bund stellt 300 Millionen Euro für den Stallumbau zur Verfügung. Wir stellen im Rahmen unseres Konjunkturprogramms weitere Mittel zur Verfügung. Wir können überlegen, ob wir ein Unterstützungsprogramm für die Ferkelerzeuger auf den Weg bringen. Das können wir alles tun. Aber ein Thema wird das Schwierigste von allen sein, nämlich die Struktur der Schlachtbetriebe in Nordrhein-Westfalen. Das

Thema ist ein sehr dickes Brett. Wir haben das bei uns im Haus vor- und zurückanalysiert. Es wird sehr schwierig sein, zu regionaleren Strukturen zu kommen, die wir uns alle wünschen. Das wird der schwierigste Punkt in der Diskussion sein.

Ich würde mir wünschen, dass wir heute – heute haben wir leider keinen Livestream, was ich im Übrigen sehr bedaure; ich hätte das Thema als so wichtig empfunden, dass man es auch per Livestream begleiten können sollte; ich wundere mich darüber, aber darauf habe ich keinen Einfluss – die Situation besprechen und in diesem Ausschuss das tun, was wir hier üblicherweise tun, nämlich konkrete Themen fachpolitisch zu bearbeiten. Diese Art von Reden und Debatten, Herr Stinka, sollten wir im Plenum führen, wenn das schon sein muss.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Frau Ministerin hat gerade schon das Thema „Livestream“ angeschnitten. Wir als CDU-Fraktion haben es unterstützt. Wir waren natürlich für einen Livestream. Die AfD hat das Ganze abgelehnt. Wir hätten diese Diskussion natürlich sehr gerne öffentlicher geführt, als sie nun heute geführt werden kann, und zwar aus folgendem Grund.

Natürlich ist uns die Diskussion in der aktuellen Situation sehr wichtig. Wenn wir etwas Positives an dieser heutigen, innerhalb der Ferienzeit abgehaltenen Sondersitzung sehen, dann ist es das, was wir gerade erlebt und gehört haben, nämlich dass das Krisenmanagement des Ministeriums funktioniert. Frau Ministerin hat aufgezeigt, welche Möglichkeiten das Ministerium in den letzten Wochen genutzt hat, um den Blick ständig auf die Krisensituation zu lenken und ihn auch zu schärfen. Das große Thema ist nämlich „Kommunikation“.

Kollege Stinka hat es vorhin angesprochen: Wir haben vor Beginn der Sommerpause eine Telefonkonferenz aller Sprecher mit den zwei Landwirtschaftsverbänden und auch mit dem Ökoverband geführt. Nachdem es zwei Wochen später leider nicht zu einer Fortsetzung gekommen ist, zu der ich natürlich jederzeit bereit gewesen wäre, aber zu der die anderen Parteien aufgrund der sitzungsfreien Zeit nicht zur Verfügung standen, habe ich natürlich selbst zum Hörer gegriffen und mit den Präsidenten telefoniert. Wir befinden uns – da spreche ich auch für meine Fachkollegen rechts und links von mir – im ständigen Austausch mit den Marktteilnehmern, mit der Branche, mit Viehhändlern, mit Schlachtunternehmen. Natürlich sind wir in Bezug auf die Situation die ganze Zeit auf dem Laufenden gewesen.

Das, was ich an Ihrem Statement – Sie haben vorhin Schritt für Schritt aufgelistet, was die SPD alles gemacht hat und was die SPD alles kritisiert – einfach vermisse sind Lösungsansätze. Ich finde bei Ihnen überhaupt keine Ideen, wie man der Branche in der jetzigen Situation helfen kann. Es kommen nur Vorwürfe und Kloppereien. Das ist natürlich Oppositionsgeheul, das Sie da auskosten und ausschlachten. Aber ich höre und sehe nicht einen Ansatz, wie man möglicherweise unterstützen und wie man mit Blick auf die Zukunft die Dinge anders angehen könnte. Wir als CDU-Landtagsfraktion gehen das ganze Thema nämlich schon seit mindestens drei Jahren völlig anders an.

Nun komme ich zu dem Bereich „Transformationsprozess der Nutztierhaltung und der Schlachtung“, den Dr. Bottermann vorhin angesprochen hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum Beispiel an unseren Antrag zur Videoüberwachung in Schlachthöfen, um den Tierschutz zu verbessern. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unser Werkstattgespräch zur Zukunft der Nutztierhaltung, das wir schon vor zweieinhalb Jahren in Nordrhein-Westfalen in diesem Raum geführt haben, oder an das Thema „Tiertransporte“, das wir die ganze Zeit schon intensiv diskutiert haben, auch im Plenum. Ich erinnere an diese vielen Dinge, die wir fachlich und sachlich in den letzten drei Jahren letzten Endes auf den Weg gebracht haben.

Und was erleben wir von der SPD und auch von den Grünen? Eine Blockadehaltung zu den meisten Themen und nirgendwo ein Ansatz der Unterstützung oder irgendein Ansatz, wie wir der Branche helfen können.

„Branche“ ist ein gutes Stichwort. Ich finde, dass die Landwirte ihrem Unternehmergeist im Moment wirklich sehr gerecht werden, indem sie – das hat Frau Ministerin vorhin schon zitiert; sie hat sich bei landwirtschaftlichen Betrieben kundig gemacht – pragmatische Lösungen finden, wie etwa die Flatdecks zurzeit ausgelagert und geräumt werden können, damit die neuen Ferkel nachrücken können. Die Landwirtschaft befindet sich zurzeit in einer schwierigen Situation, weil Schlachtkapazitäten weggebrochen sind. Aber es haben auch befreundete Schlachtbetriebe geholfen und ihre Kapazitäten hochgefahren. All diese Dinge haben wir doch in den letzten Wochen gesehen.

Die Opposition stellt sich nur hin, schreit, motzt und meckert, ohne irgendwelche Lösungsansätze zu präsentieren. Das ist ein ganz schwaches Bild.

Ich kann Ihnen noch einen Lösungsansatz mit auf den Weg geben, wie Sie den positiven Weg, den wir als CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen zur Begleitung der guten Arbeit des Ministeriums gegangen sind, unterstützen können. Stimmen Sie einfach mal unseren Haushalten zu, und stimmen Sie zu, dass der Haushalt des MULNV mit mehr Mitteln ausgestattet wird, damit Projekte wie „regionale Vermarktung“ und „regionale Schlachtung“ besser gefördert werden können. Das Ganze hat Dr. Bottermann vorhin vorgestellt. Da erlebe ich Ihrerseits nur eine Blockadehaltung.

Solange sich Ihr Verhalten in der politischen Diskussion nicht ändert, brauchen Sie sich hier nicht aufzuführen, als wären Sie der Retter der Landwirtschaft.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Winkelmann. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Winkelmann, von Ihnen habe ich jetzt auch nicht viel Konstruktives vernommen. Das war ein Rundumschlag gegen die SPD. Ich will gar nicht auf Ihre Schlachthofanträge eingehen. Wenn Sie wirklich gewollt hätten, da etwas zu tun, hätten Sie unserem Antrag zustimmen sollen. Der beschränkte sich nicht nur auf die Videobeobachtung, sondern er war umfassender.

Ich will die Debatte gar nicht führen, wer hier mehr Anträge und sonst was eingebracht hat. Auch bei der Frage nach dem Haushalt werden wir ganz genau hingucken, wie

der Haushalt dieses Ministeriums aufgebaut wird und wie sich der Mittelabfluss tatsächlich gestaltet. Ein Haushaltsplan ist immer das eine, die Umsetzung ist das andere.

Jetzt würde ich gerne zur Sache kommen. Das ist ja das Entscheidende. Die Ministerin hat genau richtig dargestellt, dass es eine schwierige Situation ist und man die Lösung auch nicht aus dem Ärmel schütteln kann. Ich habe mich schon gefragt, warum wir heute eine Sondersitzung durchführen, nachdem bei der Firma Tönnies der Betrieb nun wieder angelaufen – und wieder unterbrochen worden – ist. Man kann ja sehen, dass da etwas passiert. Die Lösung sollte mittelfristig wirken und nicht auf die Schnelle gefunden werden.

Ich hätte ein paar konkrete Fragen.

Wenn man weiß – und die Landwirtschaft weiß das auch –, dass es für eine gewisse Zeit deutlich reduzierte Schlachtkapazitäten irgendwo bei 70 %, 80 % geben wird, wenn man weiß, dass das ganze System eng getaktet und eigentlich maximal ausgelastet wird, welche Möglichkeiten hat dann eine Landesregierung, auf die Landwirtschaft einzuwirken, damit man spätestens jetzt weniger aufstallt, sodass bei den Betrieben bestimmte Puffer bestehen?

Man muss ja ein Risikomanagement betreiben, und das kann – aus Tierschutzgründen – nicht allein eine freiwillige Sache sein. Sie betonen sonst immer die Freiwilligkeit. Das geht bei Ihnen immer vor gesetzlichen Lösungen. Aber die Frage ist – jetzt wissen wir um die Situation; was bislang passiert ist, war nicht vorhersehbar –: Welche Möglichkeiten haben Sie, aus Tierschutzgründen vielleicht eine Reduktion der Bestandszahlen durchzusetzen? Das würde mich ganz besonders interessieren.

Der Punkt „Nutztierhaltungsstrategie“ ist gut und schön, und das unterstützen wir auch. Ich will aber auch noch einmal betonen: Als Sie das Ministerium übernommen haben, ist die Nutztierhaltungsstrategie nicht aus dem Nirwana gekommen, sondern Sie haben das Glück gehabt, auf etwas aufbauen zu können, was schon entwickelt war.

Die entscheidende Frage – Sie haben es angekündigt –, ist die nach den Schlachtstrukturen in Nordrhein-Westfalen. Ich würde das gerne noch einmal in Verbindung mit der Frage setzen – darüber haben wir in den letzten Jahren immer wieder diskutiert, auch mit Ihnen Frau Heinen-Esser –, was eigentlich passiert, wenn die Afrikanische Schweinepest kommt. Man muss sich natürlich fragen, ob diese aus ökonomischen Gründen entwickelten Strukturen in dieser Hinsicht resilient genug sind. Mein Gefühl ist, dass das Auftreten von Corona ein gewisser Warnschuss ist und wir uns jetzt überlegen müssen, wie wir den Umbau hinbekommen können.

In dem Beitrag von Herrn Staatssekretär habe ich ein Dilemma wahrgenommen: Er hat einerseits das Wort „wünschenswert“ verwendet – Sie möchten, dass sich etwas ändert, aber dahinter steckt auch ein Zweifel, ob das überhaupt möglich ist –, auf der anderen Seite hat er aber auch das Wort „notwendig“ in den Mund genommen.

Dieses Dilemma muss man jetzt ein Stück weit auflösen. Mit wieviel Nachdruck wollen wir, wollen Sie die Schlachtstrukturen verändern? Welche Mittel sehen Sie in dieser

Hinsicht? Sie erwähnen in der Vorlage die Summe von 2,6 Millionen Euro. Das ist aber alles – ich sage es mal so – Pillepalle. Da müssen wir ganz anders ran.

Die Firma Tönnies hat einen Erweiterungsantrag gestellt und möchte noch größer werden. Die Firma Westfleisch hat für den Standort Coesfeld dasselbe getan. Diese Betriebe sind immer weiter gewachsen. Da frage ich: Welche Handhabe – aus rechtlichen Gründen, aus Tierschutzgründen, vielleicht was Transporte angeht – haben wir eigentlich, um zum Beispiel eine geplante Standortverteilung von Schlachtkapazitäten durchzusetzen?

Man könnte zum Beispiel sagen: Aus rechtlichen Gründen wollen wir in Nordrhein-Westfalen keinen Standort haben, an dem mehr Tiere als 5.000 Stück pro Tag geschlachtet werden. Ich werfe jetzt einfach mal eine Größenordnung in den Raum. Man muss dann überlegen, wie man zu dem Ziel hinkommt. Das, was wir unter Rot-Grün auch versucht haben – Stärkung von kleinen Erzeugerzusammenschlüssen und, und, und –, können wir alles fortsetzen. Aber wir verändern diese Strukturen ja nicht in die Richtung, die wir uns wünschen würden.

Nun komme ich zu der Frage nach den Auflagen für Tönnies. Es wird jetzt immer über Tönnies gesprochen, aber Westfleisch ist ja genauso betroffen gewesen. Es sind alle in der Branche gefährdet. Die Firma Tönnies hat mittlerweile Filteranlagen eingebaut. Gilt das eigentlich auch für alle anderen Unternehmen? Machen die das auch? Die Firma Tönnies hat jetzt Plexiglasscheiben zur Abtrennung, und dort wird die 1,5-m-Abstandsregel nun eingehalten. Gilt es jetzt grundsätzlich für alle Betriebe in dieser Branche, dass sie die genau gleichen Standards erfüllen müssen, damit wir sicherstellen können, dass nicht nächste Woche der nächste Betrieb ausfällt?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Herzlichen Dank, Herr Rüße, für Ihre Fragen. Das sind genau die Fragen, mit denen wir uns in der aktuellen Krise beschäftigt haben.

Die Frage ob die Regelungen für alle Schlachtbetriebe gelten, würde ich gerne an Herrn Leßmann vom Arbeitsministerium weitergeben, der dazu dezidiert etwas sagen kann.

Die Schlachtbetriebe – wir wissen das aus unseren wöchentlichen Gesprächen – stellen sich auch auf Änderungen ein. Sie wissen das. Ich habe mir im Übrigen gerade noch einmal die Zahlen angeguckt. In den Schlachtbetrieben ist es tatsächlich so, dass zurzeit alle deutlich unter 100 % arbeiten und sich das in der Tat auch nicht mehr ändern lässt.

Ich würde vorschlagen, dass die Frage zu den Schlachtbetrieben jetzt Herr Leßmann beantwortet und wir dann in der Beantwortung der anderen Fragen weitermachen.

MDgt Markus Leßmann (MAGS): Wir schauen uns die Schlachtbetriebe natürlich alle intensiv an – nicht erst seit Coesfeld, das wissen Sie, aber gerade auch im Hinblick auf die Erkenntnisse aus der Situation bei Tönnies.

Sie haben die Belüftungsanlage und die Filteranlagen angesprochen. Das Problem ist, dass auch der Tönnies-Ausbruch wahrscheinlich nicht monokausal erklärbar ist. Zwar haben die Wissenschaftler die Lüftungsanlagen als ein mögliches intensives Infektionsrisiko ausgemacht, aber sie können gleichwohl nicht hundertprozentig sagen, wer sich wo angesteckt hat.

Auf dieser wissenschaftlichen Grundlage haben wir in Nordrhein-Westfalen – als erstes Bundesland, soweit wir das überblicken können – angeordnet, dass alle fleischverarbeitenden Betriebe mit über 100 Beschäftigten ihre Mitarbeiter in der Produktion nur noch einsetzen dürfen, wenn sie zweimal pro Woche und bei kleineren Betrieben einmal pro Woche getestet worden sind.

Sie haben der Presse das Beispiel einer fleischverarbeitenden Firma in Moers entnommen, die Döner produziert und eigentlich arbeitsschutzrechtlich wirklich immer ein sehr gutes Ergebnis erzielt hat. Bei ihr gehen wir also davon aus, dass die Vorgaben sehr, sehr weitgehend eingehalten worden sind.

Vor dem Hintergrund des Vorfalls bei Tönnies müssen wir aber im Moment erst einmal alles tun, um mögliche Infektionsquellen um jeden Preis aus den Betrieben herauszuhalten. Deswegen ist die erste Vorgabe an alle Schlachtbetriebe und alle fleischverarbeitenden Betriebe, die unter ähnlichen klimatischen Bedingungen arbeiten, die regelmäßige Testung, um so schnell wie möglich alle möglichen Infektionsquellen zu identifizieren und sie gar nicht in den Betrieb kommen zu lassen.

Zusätzlich haben wir den Arbeitsschutz beauftragt, sämtliche Lüftungssysteme anzuschauen. Dahin gehend kann man nicht alle Betriebe mit einer bestimmten Maßgabe versehen, weil die Situation völlig unterschiedlich ist. Man muss sich einfach ganz klar vor Augen führen, dass der Betrieb in Rheda-Wiedenbrück eine Dimension hat, die so weit weg von dem nächstgrößeren Schlachthof in Nordrhein-Westfalen ist – das betrifft alle Produktionsbereiche und hat gerade mit dem Thema „Lüftung“ sehr viel zu tun –, dass wir nicht alle über einen Kamm scheren können.

Das Thema „Lüftungsanlage“ ist aber eines, das wir uns jetzt intensiv anschauen. Sie haben es der Presse entnommen, dass bei Tönnies entsprechende Filteranlagen installiert worden sind. Da haben diese Woche Testungen stattgefunden, und aus diesen ganzen Ergebnissen werden wir möglicherweise jetzt auch im Rahmen einer Taskforce zum Arbeitsschutz umgehend Rückschlüsse für andere Betriebe ziehen, welche Vorgaben wir machen müssen, falls es dort ähnliche Situationen gibt.

Wir können wirklich sicherstellen, dass wir in allen Betrieben intensiv nach gleichen Maßstäben vorgehen, soweit wir wissenschaftliche Erkenntnisse darüber haben, wo die Infektionsquellen genau lauern. Das muss man einfach bei dieser ganzen Coronakrise immer wieder betonen: Wir fahren bei den Erkenntnisse in vielen Bereichen auf Sicht und haben deswegen vor allen Dingen diese Maßnahmen nach dem Vorsorgeprinzip angeordnet. Wir sind bei allen Schlachtbetrieben dabei, und unser Minister – das werden Sie auch wahrgenommen haben – hat unter anderem angekündigt

und wir haben es auch angeordnet, dass der Arbeitsschutz in den großen Schlachtbetrieben künftig Dauerpräsenz zeigt. Ähnlich wie die Veterinäre auch in Schlachtbetrieben dauerhaft vor Ort sind, werden wir bei Tönnies anfangen, das Wiederanfahren durch eine Dauerpräsenz des Arbeitsschutzes zu begleiten, und wir werden das Ganze auch bei anderen großen Schlachtbetrieben sicherstellen. Das ist keine Lex-Tönnies ist, sondern gilt auch für alle anderen Betriebe.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Das nächste Thema ist, welche Möglichkeiten wir als Landregierung haben, der Landwirtschaft Hinweise zu geben, wie sie sich zu verhalten hat. Da möchte deutlich auf das Tierschutzgesetz hinweisen. Denn jeder ist in der Verantwortung, Tiere tierschutzgerecht unterzubringen und zu versorgen. Es ist die Aufgabe des Landwirts, erst einmal selbst dafür Sorge zu tragen, dass die Tiere in seinem Betrieb tierschutzgerecht untergebracht sind.

Angesichts der Tatsache, dass jetzt klar ist, dass die Schlachtbetriebe für die nächsten Wochen und – davon gehe ich aus – Monate nicht mehr mit der gewohnten Kapazität arbeiten können, erwarten wir, dass die Landwirte Flexibilität in ihren Ställen bewahren und mit diesen veränderten Rahmenbedingungen umgehen können. Das ist in der Landwirtschaft auch angekommen. Wenn die Landwirte ihre Tiere nicht tierschutzgerecht unterbringen, dann geht das übliche System, wie Sie alle wissen, über die Kreisveterinäre in Gang, die diese Verstöße auch tatsächlich ahnden müssen. Hier sind die Landwirte selbst in der Verantwortung, und sie wissen das. Die Landwirte wissen, dass sie nur die Anzahl von Tieren halten können, die sie auch tierschutzgerecht unterbringen können.

Weiterhin muss sich jetzt jeder Landwirt – und das ist die Diskussion, in der wir uns befinden – mit der Frage beschäftigen, wie Tierhaltung in Zukunft in Nordrhein-Westfalen sein wird. Das ist die Kernfrage, mit der wir uns beschäftigen. Und ich sage das jetzt sehr überspitzt: Eine quasi auf den Punkt gebrachte Produktion von Schweinen zum Schlachttermin hin funktioniert eben nicht nur in Coronazeiten nicht, sondern wird uns auch darüber hinaus Schwierigkeiten machen, und das System muss da deutlich geändert werden.

Das ist der Punkt, an dem wir mit der Nutztierhaltungsstrategie ansetzen, etwa mit Stallumbauten. Sie alle wissen, dass wir zurzeit gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer den Stall der Zukunft bauen – 2 Millionen Euro –, um einfach den Landwirten zu zeigen, wie Ställe in Zukunft aussehen sollen und woran wir arbeiten. Das dickste Brett – ich gebe gleich an den Staatssekretär zur detaillierteren Beantwortung weiter –, das wir jetzt bohren müssen, besteht aus den Themen „Schlachthöfe“, „Schlachtbetriebe“ und „Regionalisierung“. Das hätte uns in dieser Situation schon geholfen.

Wir müssen aber nicht zu kleinen Schlachthöfen zurück. Mir wurde auch vor Ort, regional schon berichtet, dass viele Schlachthöfe das Schlachten aufgegeben haben, weil Hygieneanforderungen, die über EU-Recht und über das deutsche Recht zu uns gekommen sind, immer höher wurden und quasi nicht einzuhalten waren. Die Schlachthöfe fürchteten Auswirkungen, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Es hätte uns schon geholfen, wenn eine Größe wie Tönnies zum Beispiel durch vier oder durch fünf geteilt

und im Land verteilt wäre. Aber Sie können in einem marktwirtschaftlichen System solche Vorschriften nicht machen, sondern Sie müssen mit anderen Maßnahmen und anderen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass sich Strukturen ändern und dass sich mehr regionale Strukturen aufbauen.

Jetzt gebe ich noch einmal an den Staatssekretär weiter.

StS Dr. Heinrich Bottermann (MUNLV): Vielen Dank, Frau Ministerin. Frau Vorsitzende! Ich will noch einmal kurz auf das Tierschutzthema eingehen. Jeder Tierhalter hat ein Tier bis zu seinem Tode angemessen und verhaltensgerecht unterzubringen. Das ist der Grundsatz des Tierschutzrechtes. Und das Tierseuchenrecht sieht bestimmte Vorsichtsmaßnahmen vor, die im Hinblick auf Seuchenprävention durchgeführt werden müssen.

Wir prüfen im Haus derzeit intensiv, ob die Rechtsgrundlagen so interpretiert werden können, dass wir sozusagen eine Vorratshaltung bzw. einen Leerstand ordnungsrechtlich durchsetzen können. Derzeit weisen wir intensiv im Gespräch mit den Landwirtschaftsverbänden auf diese Regelung hin, damit zur Vorsorge Ställe in Eigenregie zurückgehalten werden.

Das ist also eine Frage, die derzeit rechtlich geprüft wird und die auch kompliziert zu beantworten ist, weil dabei Tierseuchenrecht und Tierschutzrecht zusammenwirken. Da muss man sehr genau hinschauen, ob es am Ende eine zielführende Lösung gibt.

Das Gleiche ist natürlich auch in Bezug auf die Schlachthöfe der Fall. Sie haben das gerade angesprochen. Das ordnungsrechtlich zu gestatten oder nicht, bedarf sicherlich umfangreicher gesetzlicher Änderungen. Einen Schlachthof auf 5.000 Schweine pro Tag zu begrenzen, wie Herr Rüße es gerade gesagt hat, ist, wenn das nicht aufgrund anderer Umweltauflagen oder so etwas möglich ist, nicht ganz einfach durchzusetzen. Auch dort sind erhebliche ordnungsrechtliche Maßnahmen zu prüfen und anzuwenden, bevor man ganz konkret in die Umsetzung gehen kann. Aber wir arbeiten daran und versuchen, Ihnen alsbald unsere Überlegungen in dieser Hinsicht vorzustellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Bottermann. – Ich würde jetzt gerne noch die zwei Kollegen aus den Fraktionen drannehmen, die in der ersten Runde noch nicht dran waren, und dann in die zweite Runde einsteigen.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Darüber, dass das ein wichtiges Thema ist, Herr Stinka, und dass man darüber sehr wohl diskutieren sollte, besteht, glaube ich, auch Einigkeit.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, warum wir in der Situation sind, in der wir jetzt sind. Es ist ja – in diesem Falle leider Gottes – kein NRW-weites Problem. Es ist auch kein bundesweites und kein europäisches Problem, sondern es ist im Moment ein weltweites Problem, auch was die Schlachthöfe angeht. Wenn man sich mal die Berichte

über die Schlachthöfe in den USA anschaut, dann werden Sie sehen, dass diese Problematik eben nicht nur auf NRW bezogen stattfindet, sondern weltweit – in Teilen sogar noch wesentlich frappierender als bei uns.

Aber warum ist das bei uns entsprechend so? Weil wir mit Herrn Tönnies und seiner Firma Strukturen haben, die eine sehr große Marktbeherrschung haben, die eine sehr große Masse haben, und weil wir hier ein Unternehmen haben, welches sich nicht an vorgeschriebene Coronaregeln gehalten hat und welches eben entsprechend auch unverantwortlich gehandelt hat – ganz bewusst. Ich könnte jetzt – mal ein kleiner Seitenhieb – sagen: Da ist die Firma Tönnies wohl schlecht beraten worden – von wem auch immer. Insofern ist das jetzt hier bei uns zum Tragen gekommen.

Ich glaube, wenn wir an einer Lösung arbeiten wollen, dann sollten wir das auch gemeinsam tun. Da irritiert mich aber wirklich Ihr Beitrag, Herr Stinka. Ihr Beitrag ist ein bisschen so, als würden wir hier in einem Untersuchungsausschuss sitzen. Man versucht, Fehlverhalten der Landesregierung zu identifizieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Man macht das nicht, wenn man an einem lösungsorientierten Ansatz arbeiten möchte und wenn man das Problem lösen möchte. Und so frage ich mich, was Sie mit 30, 40, 50 Dokumentationen von Telefongesprächen und, und, und wollen. Mir ist es lieber, die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien können agieren anstatt dass sie dokumentieren.

Wir haben dieses Problem der Struktur. Das ist ja nicht von heute auf morgen gekommen. Das ist nicht in Regierungszeiten der letzten drei Jahre entstanden, auch nicht davor in zehn Jahren, sondern das hat sich entwickelt. Und dann müssen wir jetzt mal schauen: Warum haben wir diese Strukturen in NRW, so wie wir sie haben? Die Ministerin hat gerade schon Andeutungen gemacht. Es waren wohl auch EU-rechtliche Vorgaben etc., die dazu geführt haben, dass verschiedene regionale Schlachtungen so nicht mehr stattfinden können.

Diese Problematik – und darüber bin ich auch ganz froh – können wir sehr intensiv unter Fachleuten in der Enquetekommission, die wir ja zusammen eingerichtet haben und über die wir uns geeinigt haben, welche Themenbereiche wir dort abhandeln wollen … Und da haben die Themen „regionale Vermarktung“ und auch „regionale Schlachtung“ einen sehr großen Anteil.

Das sind alles Sachen, über die wir schon gesprochen haben: Nutztierhaltungsstrategie, Stall der Zukunft, Enquetekommission. Das sind alles Sachen, die wir auch schon vor Corona auf den Weg gebracht haben, weil wir schon vor Corona gesehen haben: Hier besteht Nachsteuerungsbedarf. Hier entwickelt sich etwas in eine Richtung, die nicht vorteilhaft ist. – Dass das Ganze jetzt so zum Tragen gekommen ist, ist coronabedingt.

Das Ganze beinhaltet aber auch eine große Chance. Mit meinem Bekanntenkreis habe ich noch nie so viel über Nutztierhaltung gesprochen wie in den letzten Wochen. Menschen, von denen ich gedacht habe, die gingen zu Kaufland und kauften sich da für 1,99 Euro ihre zwei Grillkoteletts, sprechen mich jetzt plötzlich darauf an, dass das eigentlich nicht gut ist und dass sie bereit für Veränderungen sind.

Wir haben hier eine Riesenchance, wenn wir das hinbekommen, gemeinsam zu Veränderungen zu kommen. Herr Rüße, da ist es eigentlich egal: Dieses „Ich hatte aber einen Antrag, der war etwas weitergehend als Ihrer, hätten Sie dem mal zugestimmt und, und, und“ – da müssen wir jetzt dieses Sandkastenspiel, dieses Schüppchen-Wegnehmen mal sein lassen. Diese Krise, die wir heute unbestritten haben, Herr Stinka, und die auch bewältigt werden muss, birgt aus meiner Sicht auch eine Riesenchance. Die können wir gemeinsam nutzen oder wir können uns gemeinsam über Dokumentationen unterhalten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Darf ich ganz kurz noch etwas dazu ergänzen? – Das ist ein gutes Stichwort. Wenn wir die mit dieser Krise verbundene Chance in den nächsten Monaten nicht nutzen, so wie Herr Haupt es gesagt hat, dann ist der Zug abgefahren. Wir haben jetzt die Chance, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Thema wesentlich stärker zu adressieren – wie Sie es auch berichtet haben –, als es vorher der Fall war. Der Hebel für all dies ist tatsächlich das Verbraucherverhalten an der Ladentheke.

Jetzt ist der Punkt, an dem wir über all diese Themen reden müssen. Auch die Tierwohlkennzeichnung gehört dazu, und auch eine Tierwohlabgabe. Ich habe mich lange damit schwergetan, bin aber jetzt doch der Meinung, dass es wahrscheinlich der einzige Weg ist, um eine vernünftige Bezahlung der Landwirte zu erreichen.

Das sind die Themen die wir jetzt umsetzen müssen, um Veränderungen nachhaltig herbeizuführen. Wenn wir das Zeitfenster nicht nutzen, dann bleibt alles wie vorher. Von interessierter Seite werden viele Anfragen an mich herangetragen, ich solle mal die Krise lösen, und dann sei alles wieder wie gehabt und wir machten so weiter wie vorher. Die Situation sollte uns aber deutlich machen, dass es dieses Weiter-so nicht mehr gibt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Vogel, bitte.

Nic Peter Vogel (AfD): Ich komme zu den offenen Fragen. Ich habe gestern Abend erfahren, dass wir dem Livestreaming nicht zustimmen und habe noch nicht mit dem entsprechenden Abgeordneten geredet. Ich möchte dementsprechend nicht mutmaßen.

Dass diese Sondersitzung nötig ist, stellen auch wir ein wenig infrage. Das ist natürlich ein wichtiges Thema, aber dass es dadurch keine Öffentlichkeitsarbeit gibt, bezweifeln wir ein kleines bisschen.

Wir haben über Herrn Dr. Vincentz ja bereits für den 24.06. eine Aktuelle Stunde zum „Superspreader Schlachthof“ beantragt und diese auch durchgeführt. Und wir haben am 26.06. eine Kleine Anfrage über die Auswirkungen auf die Landwirte gestellt. Dazu hätten wir noch gerne die Antwort abgewartet. Aber – wie es nun mal so ist – jetzt sitzen wir hier in dieser Sondersitzung.

Auch ich würde gerne ein paar Fragen stellen.

Wir als AfD-Fraktion haben als erste auch das Tierwohl ins Gespräch gebracht und nicht nur den Arbeitsschutz. In dem Bericht, den ich erhalten habe, steht auf Seite 5 unten ein Absatz: „So ist u.a. künftig in Betrieben dieser Größenordnung in der Fleischwirtschaft eine fortlaufende Präsenz des Arbeitsschutzes geplant.“ – So etwas finde ich schon einmal sehr gut, und das ist auch wichtig. Aber mir stellt sich dann auch die Frage, ob es jetzt auch regelmäßige Tierschutzkontrollen gibt, und zwar abseits von der Videobeobachtung, der wir damals auch zugestimmt haben.

(Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]: Videoüberwachung in den Schlachthöfen!)

– Selbstverständlich. Was habe ich gesagt? – So wollte ich mich ausdrücken, in der Tat.

Wenn ich die Frau Ministerin gerade eben in dem Eingangsstatement richtig verstanden habe, haben wir – und so steht es auch in dem Bericht – einen Stau von 70.000 Schweinen pro Woche. Und Sie sagten gerade eben, die Firma Tönnies habe eine Kapazität in der Schlachtung von 140.000 in der Woche, wenn ich das so richtig verstanden habe. Eingangs wurde auch darauf hingewiesen, dass wir uns in der Urlaubszeit befinden und viele Arbeiter zu Hause sind. Wie viele Mitarbeiter sind weg? Wie sieht die Kapazität bei der Firma Tönnies im Moment urlaubsbedingt aus?

Im Bericht auf Seite 4 steht: Jetzt ist auch Solidarität unter Berufskollegen gefordert und Berichte von den Betrieben bestätigen dies auch überwiegend. – Wo gibt es denn Probleme bei der ganzen Sache? „Überwiegend“ heißt ja nicht „vollumfänglich“. Gibt es irgendwelche Komplikationen bei den Absprachen, bei der Mitarbeit, bei der Solidarität?

Auf selbiger Seite 4 ist auch von den Marktschwankungen in Bezug auf Kilogrammpreise usw. die Rede. Schon vor zwei Jahren lag der Ferkelpreis unter 30 Euro – nur um das einmal einzuordnen. Hatte das damals etwas mit Exportschwierigkeiten nach China zu tun?

Ist ein Anspruch auf Entschädigung für Landwirte angedacht?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Vogel. – Frau Ministerin.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Die Fragen gebe ich allesamt an Herrn Hülsenbusch weiter, der sich schon intensiv mit der Entschädigungsfrage auseinandergesetzt hat. Auch Herr Leßmann wird vielleicht dazu noch etwas sagen, aber erst einmal Herr Hülsenbusch, vor allen Dingen auch zu Tönnies, die im Übrigen jetzt wieder angelaufen sind, wie uns gerade berichtet wurde.

MDgt Michael Hülsenbusch (MULNV): Das mache ich sehr gerne. Fangen wir mit Ihrer letzten Frage an, was die Entschädigungsmöglichkeiten angeht.

Wir haben uns zwar intensiv damit beschäftigt, allerdings aus Sicht der Landwirtschaft kein gutes Ergebnis zu verkünden. Die Entscheidungsmöglichkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz sind relativ begrenzt, und zwar auf solche Betriebe, die unmittelbar von Schließungsanordnungen betroffen sind. Das wäre hier die Firma Tönnies. Bei

den Landwirten ist es so, dass sie in einer Lieferbeziehung zu dem Schlachthof stehen. Das kann einmal eine unmittelbare Vertragsvereinbarung sein, die die Landwirte vorher mit dem Schlachthof geschlossen haben. Das kann aber auch einfach nur ein Zuschlag sein, weil sich Tönnies auf dem freien Markt seine Schweine besorgt.

Wenn man eine unmittelbare Vertragsbeziehung hat, dann würde sich eine Chance ergeben, wenn Tönnies die Schweine nicht abnimmt, den Schaden, den der Landwirt dadurch erleidet, gegenüber Tönnies zivilrechtlich geltend zu machen. Ob das wiederum dann dazu führt, dass Tönnies diesen Schaden gegenüber dem Land geltend macht, ist eine Frage, die ich entweder an Herrn Leßmann weitergebe oder vielleicht hier mal offen lasse, weil ich in der Praxis den Fall für sehr unrealistisch halte. Denn nach allem, was wir wissen, ist die Firma Tönnies bemüht, ihre Vertragslandwirte – sage ich mal – zu bedienen und auch die Schlachtungen, die sie mit den Vertragslandwirten hat, auf andere Schlachtstandorte umzuleiten, sodass dies ein theoretischer Fall bleibt. Wenn sich die Firma auf dem freien Markt bedient, dann besteht für diese betroffenen Landwirte keinerlei Möglichkeit, sich zivilrechtlich an die Firma Tönnies zu wenden.

Fazit meiner Ausführungen: Es wird für die Landwirte kaum unmöglich sein, ihren Schaden gegenüber dem Land, der Kommune oder der Firma Tönnies erfolgreich geltend zu machen.

MDgt Markus Leßmann (MAGS): Um das Schadensersatzproblem abschließend zu bearbeiten: Die Firma Tönnies ist geschlossen worden. Die Verfügungen zur Betriebsschließung, die erste, die der Landrat erlassen hat, und die zweite, die der Bürgermeister der Stadt Rheda-Wiedenbrück erlassen hat, basieren auf dem Infektionsschutzgesetz. In § 28 geht es um Maßnahmen, die erforderlich sind, weil, wie leicht zu erkennen ist, eine Vielzahl von Kranken und Krankheitsverdächtigen in einer bestimmten Stelle aufgetreten sind. § 28 sieht für die von Betriebsschließung betroffenen Personen, Betriebe, Unternehmen ausdrücklich keine Ersatzpflichten vor.

Das ist auch nicht der erste Betrieb; das muss man mal klar einordnen. Sämtliche Wirtschaftszweige, Betriebe, die wir durch unsere Verordnungen im Bereich Corona geschlossen haben, sind auch alle aufgrund von § 28 geschlossen worden. Da ist einfach die ganz klare rechtliche Einschätzung der Landesregierung, dass für diese Maßnahmen in einem solchen Pandemiefall keine grundsätzliche Schadensersatzpflicht vorliegt, mal ganz unabhängig von der Bewertung, ob eine Firma wie Tönnies mit ihrer Mitverantwortung hier überhaupt einen rechtlichen, moralischen Schadensersatzanspruch haben könnte. Da haben Sie die politischen Bewertungen auch meines Ministers der Presse entnehmen können.

Es gibt hier eine Diskussion über die Frage, ob es Ersatzansprüche für die Lohnkosten gibt, weil neben der Betriebsschließung eben der Kreis und jetzt im Moment wir per Allgemeinverfügung als Land eine Quarantäne angeordnet haben für alle Beschäftigten, ihre Familien und diejenigen, die in enger häuslicher Gemeinschaft leben, weil einfach das Infektionsgeschehen vor Ort so groß ist, dass es keine andere Möglichkeit gab, das einzuschränken und zu vermeiden, dass es sich in die Gesamtbevölkerung

ausbreitet. Nach § 56 ist an diese Quarantänemaßnahmen grundsätzlich eine Lohnentgeltfortzahlungsersatzmöglichkeit geknüpft. Das heißt, wer nicht arbeiten kann, hat Anspruch darauf, Lohn weiter zu erhalten, und der Arbeitgeber hat dann im Grunde auch Anspruch darauf, dass dieser Lohn aus dem Infektionsschutzgesetz erstattet wird. Da ist aber gerade noch ein intensiver Prüfprozess zugange – das wissen Sie auch –, inwieweit solche Ansprüche hier gerechtfertigt sind oder inwieweit auch hier eine Mitverantwortung eines Unternehmens relevant ist.

Sie haben auch der Presse entnommen, dass durchaus verschiedene Stellen artikulieren, dass man umgekehrt gegen die Firma Tönnies als Staat, als Land Schadensersatzansprüche geltend machen könnte oder sollte. Auch das wird intensiv geprüft.

Das sind alles hochkomplexe Rechts- und Sachverhaltsfragen. Aber es bezieht sich dann, was mögliche Ersatzansprüche angeht, wirklich nur auf diesen Bereich der Lohnansprüche, weil uns natürlich allen eines ganz wichtig ist: Es kann nicht sein, dass am Ende unter dieser ganzen epidemiologischen Katastrophe die Menschen weiter leiden, die sowieso unter ganz schwierigen Bedingungen da arbeiten, also die Werkvertragsbeschäftigten, Werkvertragsunternehmer, weil die plötzlich ihren Lohn nicht bekommen. Das kann nicht die Folge sein. Daher prüfen wir das sehr im Interesse der Beschäftigten.

Aber grundsätzlich gibt es Schadensersatzansprüche wegen Betriebsschließungen nach § 28 hier wie an allen anderen Stellen nicht. Da sind natürlich die Landwirte betroffen. Das sehen wir bei uns im Haus sehr intensiv. Sie wissen, dass mein Minister eine enge Beziehung zur Landwirtschaft hat. Aber man muss einfach sagen: Das, was wir seit drei Monaten aus infektiologischen Gesichtspunkten machen müssen, betrifft so viele Branchen elementar, dass wir mit dem Problem leider nicht nur an einer Stelle befasst sind.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Herr Hülsenbusch, bitte.

MDgt Michael Hülsenbusch (MULNV): Sie haben noch nach den vorhandenen Kapazitäten und den künftigen Kapazitäten bei Tönnies gefragt. Seit gestern hat Tönnies mit etwa 6.400 Tieren pro Tag einen Probeschlachtbetrieb aufgenommen. Das entspricht in etwa einem Drittel der normalen Schlachtkapazität pro Tag. Diese Zahl soll wieder erreicht werden.

Gleichzeitig soll heute, wenn ich richtig informiert bin, Herr Leßmann, der Zerlegebetrieb anlaufen, um die geschlachteten Tiere weiterverarbeiten zu können. Da werden wir sehen, inwieweit das coronagerecht und arbeitsschutzgerecht passieren kann.

In der nächsten Woche wird dann wahrscheinlich aufgrund dieser Erkenntnisse, die man aus diesem Probeschlacht- und Probezerlegegeschehen gezogen hat, entschieden werden können, wie es weitergeht. Das Ziel ist natürlich, die Schlachtkapazität weiter hochzufahren. Inwieweit dies jetzt an Grenzen stößt im Hinblick auf die vorhandene Mitarbeiterschaft, das vermögen wir nicht zu beurteilen. Also, da muss der Unternehmer Tönnies selber sehen, wie er seine Leute einwirbt. Doch angesichts der

Tatsache, dass der Gesetzgeber künftig auch regeln wird, dass diese Tätigen unmittelbar beim Betrieb angestellt werden, es also diese Drittarbeitsverhältnisse nicht mehr geben soll, entfaltet das, glaube ich, eine sehr starke Steuerungswirkung auch in diesen Markt hinein. Wer zuerst da ist, wird wahrscheinlich zuerst eingestellt. Das wird die Motivation der Beschäftigten aus Rumänen oder aus welchen Ländern sie auch immer kommen wahrscheinlich erhöhen, wieder bei Tönnies einzusteigen.

Also, wir sind sehr zuversichtlich, dass es in nächster Zeit gelingen wird, die Schlachtkapazität jedenfalls höher als ein Drittel fahren zu können, wenn die Rahmenbedingungen – das ist immer die Voraussetzung für ein coronagerechtes Schlachten und für eine coronagerechte Unterbringung der Beschäftigten – gewährleistet sind.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Hülsenbusch.

Jetzt würde ich die nächste Runde machen. – Sorry, welche Frage ist noch offen?

Nic Peter Vogel (AfD): Darf ich ganz kurz, weil es eben die Ministerin erwähnte?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ja.

Nic Peter Vogel (AfD): Wie ist denn die Diskrepanz zwischen Urlaubszeiten und dem Regelbetrieb? Das habe ich jetzt nicht heraushören können. Das wäre interessant.

Dann hatte ich noch gefragt, ob es neben den Arbeitskontrollen regelmäßige Tierschutzkontrollen geben sollte.

Und können Sie mir sagen, warum bereits damals die Preisentwicklung in den Keller gegangen ist? Vor zwei Jahren ist das, glaube ich, gewesen.

Die letzte Frage hat gar nicht so die Priorität bei mir, aber die ersten beiden würde ich gerne noch beantwortet wissen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Hülsenbusch.

MDgt Michael Hülsenbusch (MULNV): Ich habe ja im Rahmen unserer Erkenntnisse versucht, die Frage zu beantworten. Da bleibt es dabei, im Moment ein Drittel, auch mit den vorhandenen Arbeitnehmern.

Und wie es weitergeht: Wir kennen das Management von Tönnies nicht. Wir wissen nicht, wie viel im Backoffice noch bereitstehen, um sofort wieder in den laufenden Betrieb einzusteigen. Das ist jedenfalls uns in der Abteilung nicht bekannt. Deswegen habe ich eben versucht, das ein bisschen perspektivisch zu schildern.

Sie haben nach den Tierschutzkontrollen am Schlachthof gefragt und es in Zusammenhang mit den Bemühungen gebracht, die auch aus Nordrhein-Westfalen kommen, eine Videoüberwachung an Schlachtbetrieben in den sensiblen Bereichen der Schlachtung – das ist die Tötung und die Entblutung – vorzunehmen. Wir halten nach

wie vor an dem Ziel fest, diese Videoüberwachung in diesen Bereichen der Schlachtbetriebe einzuführen. Wir haben dazu gemeinsam mit dem Landkreistag und der Schlachtwirtschaft eine freiwillige Vereinbarung getroffen, das zu tun. Das läuft im Moment an und wird auch durch den Datenschutzbeauftragten sozusagen bewertet. Gesetzgeberisch lassen wir nicht nach, das zu versuchen. Zwar hält sich der Bund da ein bisschen zurück, aber wir haben, wenn ich das sagen darf, Frau Ministerin, gemeinsam mit Niedersachsen, die auch dieses Ziel verfolgen, noch einmal einen Anlauf genommen, auf die Bundesministerin zuzugehen, und noch einmal die Argumente aufgezeigt, die für eine Videoüberwachung sprechen.

Eine Videoüberwachung ist aber etwas anderes als das, was ansonsten an Tierschutzüberwachung am Schlachthof stattfindet. Videoüberwachung soll sicherstellen, dass ständig und laufend eine Kamera mitläuft, um die Hemmschwelle der Mitarbeiter zu erhöhen, hier tierschutzwidrige Dinge zu praktizieren. Das, was im Moment am Schlachthof läuft, ist die normale Tierschutzüberwachung, die sowohl EU-rechtlich als auch nationalrechtlich vorgeschrieben ist beim Entladen der Tiere und auch natürlich im Rahmen der amtlichen Überwachung am Schlachtbetrieb. Die Fleischkontrolleure sind ja amtliches Personal. Wenn dort Verstöße festgestellt werden, dann intervenieren die auch. Also, es ist jetzt nicht so, als wenn da überhaupt nicht kontrolliert würde, sondern eine Tierschutzkontrolle durch Amtsveterinäre findet vor Ort auch jetzt schon statt.

Was die andere Frage angeht, wie sich die Warenströme entwickeln, habe ich jetzt nicht verstanden, was das Ziel der Frage war. Ich kann nur sagen, dass sich in dieser Woche die Schweinepreise nicht verändert haben. Also, die Schlachtbetriebe nehmen auch überschwere Schweine zum normalen Preis. Wie sich das in der nächsten Woche entwickelt, das vermag wahrscheinlich hier im Saal keiner vorherzusehen, weil es ein dynamisches Marktgeschehen ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Hülsenbusch.

Ich möchte jetzt die zweite Runde angehen und noch mal darauf hinweisen, dass das Fragerecht nur den Abgeordneten zusteht. Alle anderen können nachher in bilateralen Gesprächen Fragen stellen. – Herr Stinka, bitte.

André Stinka (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich will auf die Ausführungen der Frau Ministerin eingehen. Sie hätten sich gar nicht aufregen müssen. Ich habe Sie vorhin nicht nach jedem einzelnen Ferkel gefragt, und ich habe auch nicht in Abrede gestellt, dass Sie langfristig eine Tierschutzstrategie machen. Ich möchte aber für die SPD-Fraktion zurück zum Thema.

All das, was wir hier von CDU und FDP gehört haben, bezieht sich auf langfristige Fragen. Ich würde aber gerne dem Landwirt, der mich heute besucht hat, und den Landwirten draußen sagen, was wir machen. Denn eine Frage ist doch nach wie vor nicht beantwortet, die uns doch alle bedrücken muss: Tönnies geht heute wieder ans Netz. Da habe ich gehört, dass in der Kreisausschusssitzung beim zuständigen Kreis der Landrat informieren wollte und die Information darüber nicht mal zu dem Zeitpunkt der Sitzung vorlag, dann eine Sitzungsunterbrechung stattfinden musste, dass man

sehr erstaunt war, dass die Öffnung zwei Tage vor der gesetzten Frist, 17. Juli, stattfindet. – Das erweckt nicht gerade ein Vertrauen. Es geht hier um das Krisenmanagement der Landesregierung. Es geht hier nicht um langfristige Strategien, sondern darum, was wir tun.

Wenn die Zahl von 500.000 oder 400.000 Schweine im Raum steht, wenn die Kapazitäten so niedrig bleiben, wie gerade das Ministerium bestätigt hat, dann wissen wir doch, dass wir diesen Berg vor uns herschieben und dass wir in 14 Tagen 370.000 Schweine haben. Der Berg ist leicht abgebaut, aber wir haben nach wie vor die Problematik.

In Richtung der Regierungsfraktionen: Sie werden der Opposition nicht übel nehmen, dass wir Sie an Ihren eigenen Worten messen. Ich habe vorhin gesagt, die Ministerin hat am 09.07. in einer Pressemitteilung deutlich gemacht, Politik täte gut daran, keine Versorgungs- und Tierschutzkrise herbeizureden. Das ist ja nicht von mir gekommen, sondern das hat das Ministerium gemacht.

Ich will da noch mal auf diese Pressemitteilung eingehen und noch mal deutlich machen: Sie haben am 09.07 ein Handeln dargelegt. Wenn die Landesregierung sagt, dass sie bereits im Zuge der ersten Corona-Ausbrüche mit der Branche gesprochen hat – das ist ja auch gut so; ich habe auch nie hinterfragt, dass Sie mit dem WLV oder mit dem ISN sprechen sollen –, dann steht mir doch zu – das erwarte ich auch und da werde ich hier fragen, bis es dunkel wird, Herr Haupt, das ist mir wirklich wurscht ... Sie können das nicht mit Bürokratie abbügeln. Und im Übrigen, wenn wir das ernst nehmen, was die Ministerin sagt, nämlich die Chance, dann möchte ich gerade von der FDP hören, wie Sie zur Abschaffung von Werkverträgen stehen. Und ich bin gespannt auf die Debatte, Herr Haupt, wenn wir die Borchert-Vorschläge umsetzen und 40 Cent auf das Fleisch bezahlt werden müssen, was wir dann für spannende Debatten hier haben werden. Darauf bin ich wirklich gespannt. Ich werde Sie daran erinnern, wenn wir hier wieder im Ausschuss sitzen.

Aber nun noch mal zurück. Es ist die Aufgabe der SPD oder der Opposition, zu fragen, wenn die Ministerin am 9. Juli in der Pressemitteilung deutlich macht, dass Alternativen zu prüfen sind, dass Flexibilität organisiert werden muss, wie dieser Aufruf verläuft.

Und noch mal: Ich sehe heute keinen einzigen Stallplatz, der in der Berichtsvorlage steht. Wo sind die Puffer? Ich sehe den nicht. Vielleicht kann mir dazu einer etwas sagen. Ich habe Landwirte bei mir gefragt, die kennen diesen Aufruf nicht. Von daher frage ich, was die Landesregierung aktuell tut. – Nichts.

Und dann legen Sie einen Bericht vor, und wir werden dann hier zugepflastert mit: Wir wollen später mal. – Ich bin auf die Debatte zum Thema „Tierwohl“ sehr gespannt, wie wir das organisieren wollen. Wir sind da gut gerüstet. Und wir sind da auch sicherlich dabei. Aber ich möchte schon wissen, wenn die Ministerin am 09.07. sagt, sie hat sich schon frühzeitig auf den Weg gemacht, um zu gucken, wo Puffer, wo Engpässe und Kapazitäten sind: Wo ist der Aufruf? Wo sind diese Kapazitäten? Im Bericht stehen sie nicht. Und den Bericht haben wir mit diesen Fragen eingefordert. Wenn Sie am 09.07. davon sprechen, dass die Krise beherrschbar ist, und am 10.07. der Schweinehalterverband deutlich macht, dass sich die Krise stark zuspitzt, dann frage ich mich, wer

zwischen dem 09. und dem 10.07. mit denen gesprochen hat, dass die Krise bei denen da ist und das Ministerin sagt, es ist alles beherrschbar. Wo sind da die Gespräche?

Und noch mal: In der Vorlage schreiben Sie, wir haben ca. 30 Videokonferenzen gemacht. Von einer Landesregierung, die am 09.07. deutlich macht, dass sie alles im Griff hat, und weiß, wer mit dem spricht, erwarte ich, dass klar wird: Leitet der Staatssekretär diese Krisengruppe? Mit wem spricht er wann? Kein Wort darüber in der Vorlage. Das würde mir reichen. Das ist auch meine Aufgabe, Herr Haupt. Da können Sie lachen. Das hat doch nichts mit Bürokratie zu tun. Ich möchte wissen, entweder ob es ein Informationsproblem im Land gibt, weil das keiner weiß, oder wie die Ministerin was organisiert. Und wenn sie Tierwohlstrategie fährt, was ich ihr glaube, dann muss es doch schon einen Kreis von Menschen geben, die mit ihr darüber reden. Im Bericht steht dazu nichts. Da muss man doch eine Kopfstelle haben, die sagt: Ich rede mit denen jeden Tag, und wir wissen, wie viele Stallplätze wir haben.

Wir haben eine Berechnung durchgeführt. Wir haben 500.000 Schweine. Wenn die Kapazitäten nur auf 60 % ansteigen, dann haben wir nach wie vor eine Bugwelle. Wir werden Monate brauchen, um das abzuarbeiten. Diese Monate haben wir aber nicht, weil die Schweine wachsen. Das wissen wir alle. Diese Monate haben wir nicht, um über andere Fragen nachzudenken. Das Problem ist doch, dass Sie nicht erkennen wollen, dass es hier ein Problem gibt. Sie wollen das nur vor sich herschieben.

Ich will hier nicht über langfristige Tierschutzstrategien reden, sondern über die Bewältigung dieser Krise. Der Bericht ist mangelhaft, und der Bericht gibt nicht klar Auskunft darüber, wo wir in 14 Tagen stehen. Und das hätte ich erwartet, wenn all das getan wird, was Sie in der Pressemitteilung am 09. Juli angekündigt haben.

Ich bleibe dabei: Wir haben als Opposition ein Recht, zu wissen, wer mit wem spricht und was wir in 14 Tagen erwarten. Denn ich habe keine Lust – das sage ich auch –, dass wir in 14 Tagen hier wieder zusammenkommen und nach wie vor die gleichen Probleme haben. Die Schweine werden größer, und die Landwirte müssen heute nach der Sitzung wissen, wo die Reise in vier Wochen und in sechs Wochen hingeht. Ich will nicht wissen, was in acht Monaten ist. Ich will wissen, was bis zum Herbst passiert. Und dabei bleiben wir auch.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Herr Stinka. – Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich habe totales Verständnis für die Fragen, und jetzt kommen wir langsam wieder dahin, dass wir uns hier mit den Kernthemen auseinandersetzen.

Zunächst einmal: Die Frage, warum Ihrem Landwirt das nicht bekannt ist, kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe hier ein Schreiben des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes und des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes, das sie gemeinsam an ihre Mitglieder, an die Landwirte verteilt haben. Die Überschrift lautet: „Tiergerechte Haltung sichern, Tierleid auf landwirtschaftlichen Betrieben verhindern.“ Dort steht:

Zur Vermeidung von überfüllten Ställen auf landwirtschaftlichen Betrieben sind aus Sicht von WLV und RLV folgende Maßnahmen zielführend.

Und dann kommen die Maßnahmen: Einrichtung von Unterstützungsnetzwerken, Schaffung zusätzlicher Stallkapazitäten, Appell an die Schweinemäster, bevorzugt heimische Ferkel einzustellen, Reduzierung des Schweineangebots etc.

Das ist ein Schreiben, das an alle Mitglieder herausgegangen ist.

Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob sich das jeder einzelne immer anguckt, sich das aus den Mails immer herausholt.

Jetzt zu den Stallkapazitäten: Sie müssen wissen, dass es sich hierbei um dynamische Prozesse auf den landwirtschaftlichen Betrieben handelt. In der Tat wird offiziell einmal im Jahr … Heinrich, das musst du kurz sagen.

StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV): Ja, wir haben einmal im Jahr die Tierzählung durch die Tierseuchenkasse. Da gibt es eine Meldung. Und es gibt dann noch die Statistik über die Tierzahlen, die einmal im Jahr erhoben werden. Von daher haben wir diese zwei zu einem Stichtag. Daraus können wir aber nicht die aktuelle Besetzung und die aktuelle Belegungsdichte von Ställen ableiten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich sagen Ihnen voraus, dass, wenn wir jetzt bei den Landwirten eine Umfrage starten würden, uns vielleicht 15 % der Landwirte antworten würden. Wir hatten das Gleiche ja schon einmal diskutiert im Rahmen der Saisonarbeit. Da ging es auch darum, wie die genauen Zahlen aussehen und, und, und. Auf den landwirtschaftlichen Betrieben ist es so, dass halt oft viel getan wird, aber wenig an solchen Abfragen, Statistiken etc. teilgenommen wird.

Unsere Aufgabe ist es, zu helfen, dass es Unterstützungsnetzwerke, Herr Stinka – ich muss Ihnen das noch mal erklären –, vor Ort gibt. Das können wir nicht zentral aus Düsseldorf steuern. Das muss vor Ort geschehen. Die freien Kapazitäten müssen vor Ort identifiziert werden. Ich höre von den Landwirten, mit denen ich spreche, auch von den beiden Verbänden oder von den drei Verbänden, mit denen ich intensiv im Gespräch bin, dass das vor Ort tatsächlich so gemacht wird.

Ich bin gestern noch mal bei Landwirten gewesen, um mich zu erkundigen, wie die Situation ist. Jetzt war es da so, dass die zum Teil Verträge mit Schlachtbetrieben hatten und insofern ihre Schweine zwar nicht immer pünktlich, aber doch abgenommen wurden.

Jetzt zu der Frage, wie lange das dauert: Bei Westfleisch – ich habe mich gerade noch mal erkundigt – hat es zehn Tage gedauert, bis der Stau sozusagen abgearbeitet wurde. Wir können davon ausgehen, dass es bei Tönnies noch ein großes Stück länger dauern wird. Ich habe gerade die Nachricht bekommen, es gibt im Moment bundesweit diese personellen Engpässe in den Schlachtbetrieben. Also, es ist nicht nur ein Problem, das wir in Rheda haben. Es gibt also auch nicht die Möglichkeit, jetzt mal schnell woanders hinzukommen, wobei wir uns da wirklich – da gebe ich Herrn Rüße

Recht – über das Thema „Tiertransporte“ als Steuerungsinstrument noch mal unterhalten müssen.

Die Mitarbeiter werden jetzt überall in den Schlachthöfen getestet. Es gibt Schlachtbetriebe, die quasi jeden Tag testen, um bei ihren Mitarbeitern auf Nummer sicher zu gehen. Insofern müssen die Landwirte jetzt weniger aufstallen, und zwar die nächsten Monate. Es hilft alles nichts.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Dann gehe ich in der Frageliste weiter. Herr Deppe, bitte.

Rainer Deppe (CDU): Wir leben seit Anfang März in außergewöhnlichen Zeiten, die bisher keiner von uns so erlebt hat, sodass man auf keine Erfahrungen zurückgreifen kann. Ich habe den Eindruck, dass hier fast alle erkannt haben, dass wir hier keine Blaupausen haben, auf die wir zurückgreifen können, sondern dass wir vielleicht von Tag zu Tag, von Woche zu Woche Entscheidungen fällen und Krisen bewältigen müssten. Der einzige, wenn ich die Wortmeldungen jetzt noch mal Revue passieren lasse, die heute hier stattgefunden haben, der es nicht verstanden hat, ist die SPD. Sie verharren in Ihren alten Mustern, machen hier Fundamentalopposition, haben keinen einzigen Lösungsvorschlag gebracht und das vor dem Hintergrund, Herr Stinka, dass in den letzten 50 Jahren bis auf 8 Jahre immer Ihre Partei an der Regierung war, den Ministerpräsidenten gestellt hat und damit verantwortlich ist für den Zustand, in dem Nordrhein-Westfalen und diese Schlachtbranche ist. Der ist nicht in den letzten drei Jahren der CDU- und FDP-Regierung entstanden, sondern zu ganz anderen Zeiten. Insofern sollten Sie sich mal fragen, ob Sie soweit richtig gehandelt haben, wie Sie es jetzt von anderen erwarten.

Ich will insbesondere auf zwei Bereiche eingehen. Das ist einmal diese außergewöhnliche Situation, die wir im Moment in der Landwirtschaft und in den landwirtschaftlichen Betrieben haben. Glauben Sie mir als jemand, der selbst in der Landwirtschaft tätig ist, der engste Verbindungen hat: Wir sind im täglichen Gespräch mit einer Vielzahl von Landwirten. Die sind sich ihrer Verantwortung, ihrer Sorge, ihrer Nöte bewusst.

Eben ist es noch mal angeklungen: Es ist schon ein Unterschied, ob man als Landwirt einen erheblichen Teil zum Beispiel seiner Schweine, aber es betrifft auch andere Produkte – bei der beginnenden Getreideernte oder Kartoffelernte erleben wir das Gleiche –, vertraglich gebunden hat oder ob man sagt, ich vertraue auf kurzfristigen Erfolg am Markt. Da liegen Erfolg und Misserfolg oft sehr nah beieinander. Deshalb bin ich dafür, dass man versucht, die Lieferbeziehung zwischen Ferkelerzeuger und Mäster zu erhalten, was übrigens viele Vorteile in Seuchengeschehen hat, wenn es da feste Verbindungen gibt.

Die Landwirte wissen auch, dass die Schweine jeden Tag größer werden. Ich habe noch keinen getroffen, der gesagt hat, da muss ich meine Schweine keulen. Das wird das Allerletzte sein, was ein Landwirt anstrebt. Der hält nicht über Monate seine Tiere, um sie am Ende zu keulen, sondern er möchte, dass sie einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden.

Und da gibt es eine Menge Puffermöglichkeiten. Wenn eine Bucht zu klein wird, können sie einzelne Tiere herausnehmen. Wir müssen auch mal an neue Dinge denken, dass man eben nicht nur sagt, rein, raus, wenn es in dem Moment nicht möglich ist, sondern man kann auch einige Wochen überbrücken.

Der Engpass wird in erster Linie an der Schnittstelle bei den Ferkelerzeugern zu den Mästern entstehen. Die Ministerin hat eben dargestellt, wie lange eine Sau trägt. Dann findet noch die Aufzucht statt, und dann ist in der Regel die Kapazität auf dem Betrieb erschöpft, und die Tiere müssen woanders hin. Auch das wissen die Landwirte. Es ist jetzt nicht so, dass die eine Belehrung von der SPD oder vom Ministerium brauchen, wie man das zu handhaben hat.

Jetzt wäre ein guter Vorschlag, dass man mal sagt, wo zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können. Das wird man in Scheunen schaffen, das wird man in anderen leerstehenden Gebäuden schaffen. Nun ist die Frage: Sind wir in der Lage, um diese Krise zu bewältigen, für eine bestimmte Zeit – das ist kein Dauerzustand – auch mal mit außergewöhnlichen Maßnahmen so etwas zuzulassen und, wie heute Morgen eine große Zeitung berichtete, mit kleiner Elle zu messen und nicht zu sagen: „Nein, eine solche Haltung wird hier nicht erlaubt. Das können wir nicht machen.“? Wir sind hier in einer Krise, in einer außergewöhnlichen Situation, und da erwarte ich von allen Beteiligten, dass man auch zu außergewöhnlichen Maßnahmen und außergewöhnlichen Reaktionen kommt.

Ich erwarte auch, dass sich auf der Abnehmerseite, insbesondere auch bei der Firma Tönnies, einiges ändert, dass man zum Beispiel die sogenannte Schlachtmaske, also das, nach dem bezahlt wird, anpasst, wo eben der Landwirt keine Abzüge mehr bekommt, weil die Schweine besonders schwer sind und er dann automatisch in eine andere Kategorie rutscht. Das wären ganz wichtige Maßnahmen, die auch den Landwirten helfen würden.

Deshalb geht mein Appell an die gesamte Branche und natürlich auch an den Käufer. Über den haben wir heute hier nicht gesprochen. Aber wir alle, wir Verbraucher, haben es in der Hand, wo wir unser Fleisch kaufen und zu welchem Preis wir es kaufen. Die eben beschriebene, immer weiter fortschreitende Zentralisierung hat ja auch damit zu tun, dass auf der Abnehmerseite das ähnlich stattfindet.

Und da möchte ich zu der Frage Dezentralität oder Konzentration kommen. Ich habe ja eben schon gesagt, wer die überwiegende Zeit in Nordrhein-Westfalen regiert hat. Es ist natürlich schon ein Unterschied. Die Bayern haben 1.800 zugelassene EU-Schlachtstätten, und wir haben hier in Nordrhein-Westfalen 438. Das hat Ursachen, und diese Ursachen sind nicht in den letzten drei Jahren entstanden.

Herr Rüße, Sie haben eben gesagt: Wir haben so ein paar Förderprogramme gemacht, um die Kleinen zu fördern. – Die werden hier auch fortgesetzt. Aber letztlich löst das nicht das Problem.

Ich könnte auch Herrn Stinka fragen, was Sie eigentlich getan haben, um das Problem früher anzugehen, als wir es tun. Staatssekretäre und Ministerin haben eben unseren Weg in der Nutztierhaltungsstrategie dargelegt. Ich will das jetzt hier nicht alles wiederholen.

Und wir müssen eine Balance finden, um zum Beispiel Tierwohl und Tierschutz wirklich durchzusetzen. Sie können eben nicht in jedem kleinen Metzgerbetrieb eine Videoüberwachung machen. Das ist auch nicht erforderlich. Und Sie können wiederum große Marktteilnehmer auch nicht bedienen mit Miniatursortimenten, die sie über ihre Theke verkaufen können. Deshalb ist der Gedanke durchaus richtig, mal zu überlegen, ob es Obergrenzen gibt. Das machen wir übrigens in allen anderen Bereichen auch. Ich will nur mal in den Bereich Krankenhauswesen gehen. Natürlich hätten wir eine Topversorgung, wenn wir das alles auf ganz wenige Standorte in Nordrhein-Westfalen konzentrieren würden. Aber wenn dann an der Stelle etwas passiert, dann bricht die Gesundheitsversorgung zusammen. Deshalb tun wir das nicht. Deshalb machen wir das in einem gewissen Maße dezentral, brauchen aber schon Mindestgrößen, um Qualität zu haben. So ähnlich müssen wir, glaube ich, an alle Bereiche, die jetzt durch die Corona-Krise viel sichtbarer werden, als sie es in der Vergangenheit waren, wo immer alles irgendwie geklappt hat. Jetzt sieht man, die Dinge sind nicht krisenfest. Da müssen wir herangehen. Und dann hoffe ich mal auf Ihre Unterstützung, wenn man sagt: Wir brauchen Instrumentarien über die Landesplanung, über das Seuchenrecht, und wir brauchen vor allem dann auch die Akzeptanz vor Ort an den Stellen, wo so etwas eingerichtet wird, wo so ein Schlachthof dann unter Umständen entstehen soll.

Also, außergewöhnliche Situation, außergewöhnliche Zeiten, und ich erwarte von allen, auch von Ihnen, Herr Stinka, dass Sie sich außergewöhnlich verhalten, und zwar außergewöhnlich konstruktiv, wie es die anderen hier heute getan haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Deppe. – Frau Watermann-Krass, bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Wir haben uns jetzt schon so lange unterhalten, aber ich werde den Eindruck nicht los, und das sind auch die Ergebnisse meiner Gespräche, Leittragende sind die Landwirte, mal wieder die Landwirte. Die müssen das ausbaden. Die haben vor Corona 20 Euro am Schwein verdient, die werden jetzt 20 Euro zusetzen, wenn sie das Tier zum Schlachthof bringen. Und da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Deppe. Das, was nicht passieren darf, ist, dass sie jetzt, weil die Schweine zu fett sind, weniger dafür bekommen, also, dass sie einen Abzug haben. Da müssen wir politisch noch mal ansetzen. ISN hat sich ja auch geäußert. Die rechnen damit, dass die Landwirte insgesamt 20 Millionen Euro Verlust haben werden.

Dass die Landwirte auf der Straße mit ihren Treckern unterwegs sind und ihren Protest klar zum Ausdruck bringen, können wir doch alle verstehen, weil diese Landwirte keine Perspektive haben. So alt ist das System ja noch nicht, Herr Deppe. Ich bin auch über 60 Jahre, komme vom Bauernhof und weiß, in welch kurzer Zeit sich dieses System der Industrialisierung und der Konzentrierung abgespielt hat. Man sieht doch jetzt das Ende. Da ist an einer Stelle falsch abgebogen worden. Das System ist sehr anfällig. Landwirte waren immer bereit, wenn sie für sich eine Perspektive gesehen haben, Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren. Tönnies ist ein cleverer Unternehmer. Der hat gesagt: Ich will das System so machen, dass ich das günstige Fleisch an den

Discounter liefere. – Deswegen hat er das System so ausgebaut. Aber wir sehen heute, das es anfällig ist. Jetzt müssen wir zurück.

Wir sehen an der heutigen Sitzung, eigentlich müssten wir uns monatlich darüber unterhalten, wie wir dieses System, das wirklich krank ist – anders kann man das nicht sagen – wieder geheilt bekommen. Wir machen die Enquetekommission, da werden wir uns auch darum kümmern.

Als ich mir die Pressekonferenz des Branchenfachgesprächs angehört habe, habe ich mich gefragt, wo eigentlich der Mut ist. Und da gucke ich mal zurück. 2005 ist Frau Künast abgelöst worden. Seitdem haben CDU/CSU dieses Landwirtschaftsministerium in der Hand. Wo ist die Labelung „Fleisch“? Wo ist die Kastration? Da weiß ich bis heute, dass die Landwirte für sich immer noch nicht klar haben, wie sie es machen sollen. Wo ist der Kastenstand? Wie kriegen die das jetzt umgesetzt? Wo ist das Ringelschwanzprogramm? Frau Ministerin, Sie liefern das bei den Endverbrauchern ab. Nein, ich sage ganz klar: Die Politik muss die Verantwortung für die Produkte übernehmen, bis sie über den Ladentisch gehen. Und ich würde mich auch freuen, wenn wir so etwas wie ein Lieferkettengesetz auf den Weg kriegen, den ehrlichen Preis, alles mit reinrechnen. Das wird dazu führen, dass die regional erzeugten Produkte hier im Vorteil sind gegenüber all den anderen. Das an dieser Stelle.

Wenn wir über Geld reden, Frau Winkelmann, dann haben Sie auch bitte den Mut, wenn es um die neue EU-Förderperiode geht, auch klar zu benennen, wofür wir dieses Geld brauchen. Ich glaube schon, wir brauchen eine Menge Geld, um diese Struktur zu verändern. Dann brauchen wir aber auch die Diskussion, ob es wirklich bei der Flächenprämie bleiben muss oder ob wir diese Dinge nicht auf ein anderes Gleis heben müssen.

Wenn es jetzt schon so viele Branchengespräche gibt – die Frage auch an die Ministerin –: Ist es denn jetzt wirklich so, dass wir auch eine Systemfrage stellen? Wie kriegen wir dieses System umgestellt? Ich gucke da nur mal nach Holland, was die für einen Mut haben und Geld in die Hand nehmen, um Schweineställe abzurüsten. Da muss ich sagen: Den Mut sehe ich hier nicht, dass wir hier wirklich sagen, wo die Reise hingehen kann.

Dann die Frage nach dem Export. Wir sind hier das Billigschlachthaus Europas gewesen. Deswegen hatte Tönnies eine 50-%-Quote im Export. Können wir diese Systemfrage auch mal an dieser Stelle stellen, nicht nur, dass Landwirte wieder weniger Geld verdienen, weil sie, wie gesagt, weniger aufstallen sollen, nur noch Ferkel aus dem Inland nehmen? Wie sollen wir uns mit dem Export verhalten? Ist das wirklich unsere Aufgabe, oder müssen wir uns da nicht auch mal an diese Standards in umliegenden europäischen Ländern richten? Nicht umsonst haben die Dänen und die Belgier die Klage auf der EU-Ebene eingereicht. Ich hoffe, die Werkverträge weg, damit wir in dem Bereich auf gleiche Augenhöhe kommen.

Regionale Wertschöpfung. Auch da, Frau Ministerin, in ihrem Bericht fünf ganze Projekte, eine Erzeugergenossenschaft, ein Metzger und ein paar in der Produktion. Ich finde, das ist äußerst dünn. Wenn Sie sagen, durch diese Corona-Krise sind die Verbraucher wach geworden sind, dann muss man auch jetzt politisch den Mut haben, zu

sagen: Da müssen wir umsteuern. Da muss mehr passieren. – Die Landwirte sind bereit. Ich war gestern auf einem Betrieb, der Iberico-Schweine hält. Glauben Sie denn, der findet wirklich vernünftige Leute, die ihm diese hochpreisigen Produkte abkaufen? Wir sind hier – ich komme aus dem Münsterland – der Hotspot der Veredelung beim Schwein. Diese ganze nachgelagerte Wertschöpfung ist kaum noch vorhanden. Und deswegen braucht es an dieser Stelle viel mehr Engagement und auch Unterstützung und Beratung. Bauern, Landwirte sind bereit, wenn die für sich eine Chance sehen. Die meisten, die ich spreche, die mit der Schweinemast unterwegs sind, sehen, dass das ein Ende hat, dass es eine Veränderung braucht. Aber leider ist die Kapitallage in der Landwirtschaft sehr hoch. Wer einmal Millionen investiert hat, der kann nicht mal eben umschwenken. Und deswegen braucht es andere Förderprogramme, wenn wir da wirklich die Wende wollen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Watermann-Krass. – Sie wollten direkt antworten?

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Ich würde direkt antworten, wenn Sie einverstanden sind.

Ich glaube, das ist das Kernthema. Wie sind die Perspektiven für die Landwirte in Zukunft? Wie schaffen wir es, ein System umzusteuern? Wieviel Geld können wir dafür in die Hand nehmen? Das sind genau die Kernfragen. Jetzt gibt es als erstes vom Bund die 300 Millionen Euro für den Stallumbau, die an die Tierschutznutztierhaltungsverordnung, nämlich an den Umbau „Kastenstand“, gekoppelt sind.

Sie haben gesagt, wir hätten keinen Mut. Ich fand, wir hatten schon eine ganze Menge Mut, um das federführend voranzutreiben. Und wir haben uns auch in der Landwirtschaftsszene nicht überall Freunde gemacht mit diesem Engagement, weil es natürlich gerade für die Sauenhalter eine große Herausforderung ist, diese Umbauten tatsächlich zu machen, wenn wir über Perspektiven sprechen.

Ein Hauptproblem ist im Übrigen überhaupt nicht das Thema „Kapital“ oder „Investition“ und „Kredite“, sondern das Hauptthema dabei sind „Genehmigungsverfahren“, „Baurecht“, „Immissionsschutzrecht“. Wenn ich zu den Landwirten gehe und frage, was gegen den Stallumbau spricht, dann sind es die Themen „Baurecht“ und „Immissionsschutzrecht“. Seit Jahren doktern wir mit dem Bund daran herum, Änderungen herbeizuführen. Da ist meine Bitte an die von Ihnen geführten Häuser, sich da auch mal im Bund etwas mehr zu bewegen, als es heute der Fall ist. Denn wir werden die Frage Tierwohl nicht gelöst bekommen in den Ställen, so wie wir uns das vorstellen, wenn es hier nicht auch tatsächlich bundesgesetzliche Änderungen gibt. Es gibt eine Initiative im Bereich des Baurechts. Die reicht aber – das sage ich ganz offen – noch nicht aus, um tatsächlich Tierwohlställe umsetzen zu können.

Also, das ist das, was mir immer entgegenschallt: Sehen Sie zu, dass die Genehmigungsverfahren laufen.

Warum bauen wir denn den Stall auf Haus Düsse? – Den bauen wir, weil wir die Hoffnung haben, damit auch den Genehmigungsbehörden zu zeigen, wie ein genehmigungsfähiger Stall aussieht. Wir wollen den Landwirten zeigen, wie so ein Stall in Zukunft aussieht, aber wir wollen auch den Genehmigungsbehörden klar sagen, das ist die Richtung in Zukunft. Aber die Sachen werden natürlich vor Ort entschieden.

Ich stimme Ihnen zu, es muss mehr Geld in die Hand genommen werden, und dieses mehr Geld – Sie alle haben sich ja auch mit der Borchert-Kommission beschäftigt – soll aus der Tierwohlabgabe kommen. Ich halte – ich habe das eben nur kurz gestreift – das für die einzige Möglichkeit, das tatsächlich zu finanzieren.

In der Tat ist es so, dass wir Schwierigkeiten haben, das Geld an der Ladentheke zu bekommen. Man muss es doch mal ganz offen sagen: Es ist wahrscheinlich tatsächlich so, dass unsere Verbraucher dazu erzogen wurden, möglichst preiswert einzukaufen. Jetzt, durch die Corona-Krise, verändert sich das ein bisschen. Herr Haupt hat das sehr schön aus seinem Bekanntenkreis geschildert; ich kann das selber aus meinem sagen. Ich wundere mich nur immer, dass die Discounter trotzdem noch einen Riesenabsatz haben. Deshalb brauchen wir diese Tierwohlabgabe, die den Verbraucher aber nicht übermäßig belastet, um das System finanzieren zu können.

Ich gebe Ihnen auch recht, dass wir bezüglich der regionalen Wertschöpfung Veränderungen brauchen. Und dass es zu wenig ist, was im Bericht steht, stimmt auch. Der Staatssekretär hat sich gestern auch darüber geärgert und gesagt, wir müssen hier noch mal ran. Aber das Thema ist, wie wir es schaffen – Herr Rainer Deppe hat eben eindrucksvoll den Vergleich der Zahlen der regionalen Schlachtbetriebe zwischen uns und Bayern genannt; Bayern hat eine ganz andere Landwirtschaftsstruktur als wir in NRW –, dass wir die, die wir haben, nicht aufgeben. Das ist ja jetzt im Moment auch mal die Frage, wie wir es schaffen, dass die überhaupt bei der Stange bleiben und nicht auch noch sagen, dass sie es nicht schaffen. Das sind die Themen. Sie haben recht, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Ich sage auch zu, dass wir das tun werden. Wir haben etwas Geld aus dem Konjunkturprogramm jetzt bekommen. Wir müssen jetzt gucken, wie wir das am besten in dem Bereich einsetzen werden. Da sind wir auch noch nicht am Ende.

Der letzte Punkt, den Sie angesprochen haben, war mehr Beratung. In der Tat, wir haben eine Beratung, die sich speziell mit Stallumbauten usw. bei der Landwirtschaftskammer beschäftigt. Ich glaube, dass die nicht ausreicht, so wie wir sie haben, dass wir sie intensivieren müssen. Wir haben bei der Biodiversität mit den Biodiversitätsberatern erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Das funktioniert. Die Überlegung ist, ob wir bei Tierwohl eine ähnliche Beratungsstruktur aufbauen wie bei der Biodiversitätsberatung. Aber die Frage der Perspektive ist die entscheidende. Und das Problem ist, dass wir jetzt eine Situation haben in einem System, die zeigt, dass es so nicht weitergehen kann. Aber wir müssen den Landwirten aus dem System „Ist“ in das System „Neu“ helfen. Und das geht eben nicht zum Nulltarif, sondern da werden wir alle Geld in die Hand nehmen müssen.

Offen gesagt: Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen bereit sein, diesen Weg mitzufinanzieren. Ich weiß, dass das an der einen oder anderen Stelle ein sozialpolitisches Thema ist, aber, ich glaube, das, was wir jetzt haben, dass Fleisch immer

als Lockvogelangebot genutzt wird, geht so nicht weiter. Wir planen ja auch einen Vorschlag von Nordrhein-Westfalen, da eine Änderung beim GWB zu erreichen. Die Bundeslandwirtschaftsministerin stimmt dem zu. Da arbeiten wir jetzt dran.

Aber das Wichtigste ist, dass wir jetzt den Kurs, den wir mit der Nutztierhaltungsstrategie eingeschlagen sind, konsequent fortsetzen. An Mut fehlt es uns da nicht, aber es muss so sein, dass die Landwirte auch eine tatsächliche Chance haben und nicht auf der Strecke bleiben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich kann mich Vielem anschließen, was Herr Deppe gesagt hat. Da war viel drin; das teile ich auch. Herr Deppe, Sie haben die Verantwortung von SPD und Grünen erwähnt. Es ist auch richtig, das zu sagen. Zur Wahrheit gehört aber auch das, was Frau Watermann-Krass gesagt hat. Dieser Prozess der Konzentration ist in einer großen Schnelligkeit abgelaufen. Da gibt es auch ein Datum, nämlich 1990, Öffnung des Osten. Das hat eine Menge damit zu tun, was seitdem in der Landwirtschaft und in den Schlachtstrukturen passiert ist. Diese Geschwindigkeit hat uns als Politik wirklich überrollt. Wir haben geglaubt, wir könnten mit ein paar Millionen jedes Jahr die heimischen, kleineren Strukturen stärken. Das konnten wir aber eben nicht. Das ist uns damit nicht geglückt. Und es ist ja auch eine gute Erkenntnis, wenn wir alle zusammen sagen, da müssen wir wohl mehr tun.

Man muss noch mal zwei besondere Bereiche in den Blick nehmen.

Der Einsatz billigster osteuropäischer Arbeitskräfte ist jedem kleinen Schlachtbetrieb verwehrt. Das kriegt der nicht hin. Der muss eben schon ordentliche Löhne zahlen, damit er in seinem Ort überhaupt jemanden findet, der das macht. Das ist das eine. Da werden wir sehen, was sich da jetzt tut.

Und das andere große Feld, worüber wir, glaube ich, noch mal dringend reden müssen, ist die Frage der Schlachtgebühren. Ich mache jetzt mal eine Schätzung: Wenn ein großer Schlachthof 2,50 Euro pro Schwein zahlt, ich aber an einem kleinen Schlachthof vielleicht im Bereich von 12,50 Euro bin und das ganze Schwein – der Schlachtkörper, der dem Bauern bezahlt wird – aber nur einen Wert von 160 Euro hat, dann zeigt das ja auf, was wir da für eine Disparität reinkriegen. Das macht diese Kombination aus Löhnen und eben aus unterschiedlichen Gebühren. Jetzt kennen wir alle die Problematik Gebühren, kostendeckend usw. Wir wissen alle, die Westfleisch hat schon geklagt, Tönnies hat schon geklagt. Und trotzdem müssen wir das Thema noch mal gesondert angehen, wenn man tatsächlich an der Struktur etwas verändern will.

Ich habe noch eine konkrete Nachfrage. Bezüglich der Filteranlagen wurde gesagt, man könne nicht genau sagen, ob das tatsächlich die entscheidende alleinige Ursache wäre. Das stimmt ja auch. Die andere Frage, die immer im Gespräch war, war die der Unterbringung, inwieweit auch das problematisch ist. Ich hätte gerne, wenn das möglich ist, einen kurzen Bericht, was sich in dem Bereich tatsächlich jetzt getan hat, um dieses Problem zu lösen.

Und das andere, was mich noch ein bisschen umtreibt, Frau Ministerin, ist: Ich glaube, es reicht nicht aus, von der Landwirtschaft, von den einzelnen Bauern zu erwarten, dass sie wissen, dass sie die Tiere tierschutzkonform unterzubringen haben. Das Verhalten des einzelnen Landwirtes ist immer schwierig. Der Landwirt hat einen Stall gebaut, der mit voller Belegung kalkuliert ist. Dann kann er den abbezahlen. Dann kann er den Gewinn, den er machen möchte, vielleicht auch machen. Wenn er auf 80 % heruntergehen muss, dann funktioniert das nicht. Angeblich ist es ja auch so, dass mittlerweile die ersten Viehhändler sagen: Du kannst Schweine abliefern, aber nur, wenn du parallel auch zusicherst, dass du sofort wieder Ferkel nimmst. – Kann der Landwirt überhaupt in dem Moment sagen: „Ich nehme aber nur 80 %. Ich will einen Puffer behalten.“?

Ich erinnere da mal an die Problematik Milchmenge. Da haben sich die Landwirte auch nie so verhalten, dass es tatsächlich marktkonform richtig gewesen wäre. Das hat auch nicht geklappt. Da haben die Bauern bei sinkendem Preis verzweifelt dagegen anproduziert und haben noch mehr produziert. Das heißt, die Frage ist schon, ob der Staat nicht in der Verantwortung ist, weil der einzelne es für sich nicht lösen kann. Der einzelne Landwirt muss betriebswirtschaftlich gucken, wie er das hinbekommt. Und da ist es doch naheliegend, als Landwirt zu sagen, da hoffe ich mal, dass es irgendwie schon gutgehen wird. Da sind wir doch als Staat eigentlich in der Verantwortung – das müsste die Bundesregierung oder wer auch immer tun; das ist mir egal –, zu versuchen, den anscheinend langfristig geminderten Schlachtkapazitäten ein entsprechendes Angebot gegenüberzustellen. Also, wir können jetzt alle zusammen hoffen, dass das gutgeht – das mag ja so sein –, aber ich finde das schwierig.

Ich erinnere noch mal daran: Das war ja alles vielleicht noch einfacher, als auf den Betrieben 200 Mastschweine standen. Dann mache ich die Maschinenhalle auf, dann nehme ich da so ein Fach, und dann packe ich mal 50 rein auf Stroh. Das macht aber deutlich mehr Arbeit. Heute haben wir knapp 7 Millionen Schweine. Zweidrittel der Schweine sind in Beständen über 1.000 Schweinen und davon wiederum jede Menge in Beständen über 2.000, 3.000 Schweinen. Was soll das für eine Halle sein? Sollen die auf einmal irgendwo 1.000 Mastschweine auf Stroh halten? Wie sollen die das arbeitsmäßig überhaupt hinkriegen? Herr Deppe hat gesagt, man kann ja mal einzeln welche herausziehen. Das ist ja auch richtig. Das kann man alles für eine Übergangszeit machen. Aber das muss ja alles arbeitsmäßig bewältigt werden. Man kann das mit Läufern mal eine kurze Zeit machen, aber auch nicht lange. Die Betriebe sind doch arbeitsmäßig voll ausgelastet im Normalbetrieb. Die haben doch gar keinen Puffer. Das kann man mal für ein paar Wochen machen, aber wenn wir davon ausgehen, dass diese Krise noch ein bisschen andauert, dann muss man schon ein bisschen mehr tun, als nur zu hoffen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Herr Rüße. – Ich möchte noch mal sagen, dass Arbeitsbedingungen eigentlich in einen anderen Ausschuss gehören. Aber ich frage trotzdem, ob es hier Antworten zu diesen Fragen gibt.

StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV): Herr Rüße, die Strukturreform Schlachthöfe ist sicherlich ein Thema. Wir haben es ja gerade schon einmal angesprochen. Der Blick in die Vergangenheit zeigt natürlich, dass die kleineren Betriebe auch Probleme hatten. Das heißt, wenn man eine Strukturreform in Angriff nimmt, geht das nicht von heute auf morgen, sondern man muss tatsächlich ein Entwicklungsprogramm auflegen, um dann den Anreiz zu schaffen, dass man dezentral in Regionen die Genehmigungsmöglichkeiten hat, die bürgerschaftliche Akzeptanz und auch die Bereitschaft für Investorengeld für einen Betrieb müssen da sein, der zum Beispiel 4.000 oder 5.000 Schweine am Tag schlachtet. Und das wird man nicht aus der Hüfte schießen können, obwohl es aus übergeordneten Gründen sicherlich sehr wünschenswert wäre, dieses zu tun. Ich glaube, wir sollten das auch immer formulieren, was die Voraussetzungen sind. Wir wissen auch, dass die kleineren Betriebe in der Vergangenheit nicht immer nur vorbildlich waren in Hygiene. Und auch bei der Tötung von Tieren gab es des Öfteren Probleme. Also, es ist kein Allheilmittel, dürfte aber sozusagen in der Güterabwägung sicherlich eine große Rolle spielen. Wir müssen dann sicherlich vernünftige Pläne haben, um das entsprechend hinzubekommen.

Dann noch mal zur Unterbringung der Tiere: Auch das ist nach meiner Einschätzung eher ein Grundsatzproblem. Wir haben heute so viele Risiken. Ich weiß nicht, ob es Glück ist, dass wir die afrikanische Schweinepest bisher nicht hatten. Wir haben durch Corona gelernt, es gibt neue Erkrankungen, es gibt andere Erkrankungen. Wir müssen im Blick haben, dass es auch neue Erkrankungen gibt, die weiterhin das Sperren von Schweineställen oder von Tierställen generell notwendig machen. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Dazu gehört ein Bündel von Maßnahmen. Wir müssen überlegen, ob dann die Reservekapazitäten in Ställen mit eingepreist werden müssen.

Und wenn der Markt das nicht hergibt, dann muss man natürlich auch über die anderen Politikinstrumente wie Förderpolitik reden. Aber trotzdem darf es nicht unsere Maxime sein, wie es offensichtlich in den USA passiert ist, einfach zu sagen, dann töten wir die Tiere. Das geht mit unserem Tierschutzrecht nicht. Und das sollte man auch immer wieder im Blick halten. Auch die Tiere so schlecht zu halten, dass sie irgendwann getötet werden müssen – auch das schreibt das Tierschutzgesetz ja vor –, finde ich keinen probaten Weg, um Akzeptanz in der Verbraucherschaft zu finden.

Ich finde, das sollten wir an der Stelle noch mal genau durchdenken und jetzt keinen Schnellschuss hier auf den Tisch legen. Ich glaube, es hat keiner ein Instrument parat. Wir müssen darüber sprechen. Diese 20 % Reduktion oder Reservekapazität ist, glaube ich, eine realistische Größe, die am Ende dazu führen wird, dass in den Beständen nicht sofort der Notstand entsteht, wenn dort die Tiere mal vier Wochen oder acht Wochen länger sind.

Darüber hinaus glaube ich, dass wir diesen Engpass an Belegungsdichten auch mit flexibleren Abholungen der Schweine, mit kleineren Partien ... Da muss man eben noch mal für 20 Schweine fahren und nicht den ganzen Zug mit 200 Schweinen vollmachen oder was auch immer. Das sind dann Dinge, die sich aus der Notlage heraus ergeben. Ich finde, die muss man dann auch in der Praxis umsetzen und das auch unterstützen.

Bezüglich der Frage der Filteranlagen, Herr Leßmann, sind Sie, glaube ich, der Spezialist.

MDgt Markus Leßmann (MAGS): Herr Stinka hat eben das Thema der Schließungsanordnung, der Öffnungsanordnung angesprochen und gesagt, dass der Zeitablauf da schwierig war. Damit da nichts Falsches im Raum stehenbleibt: Die zweite Schließungsverfügung, die die Stadt Rheda-Wiedenbrück gemacht hat, ist bis heute 24 Uhr befristet. Das heißt, es wird heute im Laufe des Tages noch eine Anordnung ergehen, wie es jetzt in der nächsten Zeit weitergeht. Aber die war von Anfang nicht darauf angelegt, den kompletten Zeitraum zu schließen, sondern gerade wegen der Thematik, die Sie hier heute intensiv diskutieren und die diesen Druck auf das ganze System auslöst, war von Anfang zwischen allen beteiligten Behörden klar, dass wir diesen Zeitraum nutzen müssen, so schnell wie möglich und so weit, wie es der Gesundheitsschutz, der absolute Priorität hat, zulässt, auch in Teilöffnungen wieder reinzugehen. Genau dieses Verfahren hat jetzt stattgefunden.

Ich will einfach mal sagen, dass sowohl Stadt als auch Kreis und für den Arbeitsschutz die Bezirksregierung, also gerade die Behörden vor Ort, die nicht nur den Schlachthof haben, sondern auch dieses riesige Infektionsgeschehen hatten, unter einem wahnsinnigen Druck und auf einer nicht immer sicheren wissenschaftlichen Grundlage einen sehr verantwortungsvollen Job gemacht haben. Wir haben uns in den letzten Tagen und Wochen unter intensiver Begleitung der Wissenschaftler wirklich schrittweise herangetastet auf Grundlage des Konzepts, das Tönnies vorgelegt hat, und geguckt, welchen Bereich wir mit Gesundheitsschutzabsicherung wann wieder freigeben können. Dass die Zeitabläufe da manchmal sehr kritisch waren, das sehen Sie daran, dass wirklich die Ausnahmeverfügungen mit Betriebsöffnung für bestimmte Teile immer erst quasi am Vorabend erteilt werden konnten. Das erklärt vielleicht auch, warum die Kreisausschusssitzung eben zeitkritisch war, zumal das Infektionsschutzgesetz im Moment in Nordrhein-Westfalen mit den Zuständigkeiten so ist, wie es ist, dass die handelnden Behörden die örtlichen Ordnungsbehörden sind. Das muss man sich, glaube ich, nach einer solchen Pandemie auch noch mal angucken, weil viele Gemeinden da überfordert waren. Aber das macht die ganze Situation schwieriger, und deswegen sind wir schrittweise vorgegangen, eben heute oder gestern die Schlachtung, heute die Zerlegung wieder eröffnet.

Heute Morgen ist durch die Presse gegangen, dass die Schlachtung teilweise wieder verzögert wurde, weil es Arbeitsschutzmängel gab. Auch dazu nur mal ein kurzer Hinweis: Diese Arbeitsschutzmängel waren der Firma seit dem 9. Juli durch Revisionsschreiben des Arbeitsschutzes bekannt. Der Sprecher von Tönnies hat sich wohl gerade so geäußert, man sei überrascht, dass man gestern neue Verfügungen bekommen hat, dass man jetzt die Veterinäre vor Abstürzen in Fließbändern sichern müsse. Also, das sind Sachen, die schon länger bekannt sind. Man hat sich jetzt darauf verständigt, das auch wissenschaftlich zu untersuchen und Notfallmaßnahmen zu treffen, sodass im Moment der Betrieb wieder läuft. Bis Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche muss die Sache komplett geklärt werden. Also, da muss man immer sagen: Die Verantwortung haben die Unternehmen in diesem Bereich. Und auch die Verantwortung für das, was in den nächsten Tagen passiert, haben die Unternehmen.

Thema „Unterkünfte“ und „Filteranlagen“: Sie wissen, dass wir schon im letzten Jahr bei unserer Schlachthofaktion massiv ein Problem mit den Unterkünften hatten. Wir hatten einfach als Arbeitsschutz das Problem, dass wir aufgrund dieser Werkvertragsstrukturen nicht in die Unterkünfte kommen, denn die Unterkünfte werden nicht von den Werkvertragsunternehmern bereitgestellt – dann wären es nämlich Arbeitsstättenverordnungsunterkünfte –, sondern über eine dubiose Vermietungskonstruktion, sodass der Arbeitsschutz nicht reinkommen und gucken konnte.

Ich sage ganz ehrlich: Wir und unser Minister haben es an der Stelle knallhart ausgenutzt – mal positiv Corona –, dass wir über Gesundheitsschutz jetzt einfach die Möglichkeiten hatten, uns das massiv mit den Gesundheitsämtern zusammen anzuschauen, alle Unterkünfte, die uns an der Stelle bekannt waren, gerade in diesem Kontext Fleisch. Wir haben da sehr individuell reagiert. Zum Teil ging es darum, dass Belegungen angepasst wurden. Zum Teil waren Unterkünfte auch völlig in Ordnung; auch das muss man klar sagen. Es war definitiv nicht alles schlecht. Zum Teil wurden Unterkünfte aber auch direkt geschlossen. Und zum Teil sind bauordnungsrechtliche und wohnungsaufsichtsrechtliche Verfahren eingeleitet worden, wo es insgesamt darum geht, den Arbeitsstättenstandard einzuhalten, aber eben auch bestimmte Corona-Anforderungen einzuhalten, dass eben nicht zu viele auf engem Raum sind, damit – das war eher das Thema „Coesfeld“ – möglicherweise im Bereich der Unterkünfte keine Infektionsgefahren bestehen.

Wir haben das ja dann sogar noch ausgeweitet auf den Bereich Niederrhein, wo viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohnen, die in der Schlachtindustrie in den Niederlanden tätig sind. Da muss man einfach sagen: Wenn man die Berichte der Bezirksregierung Düsseldorf liest, dann stellt man fest, dass zum Teil die Umstände noch deutlich schlechter gewesen als in den Unterkünften für unsere in Nordrhein-Westfalen beschäftigten Werkvertragsunternehmer.

Also, die Möglichkeiten, die uns Corona geboten hat, haben wir knallhart ausgenutzt. Da soll es ja jetzt auch bundesgesetzliche Änderungen geben, damit diese Werkvertragsunterkünfte auch der Aufsicht und dem Geltungsbereich des Arbeitsschutzes und des Arbeitsstättenrechts unterworfen werden. Dann haben wir überhaupt erst mal für diese Arbeiternehmerunterbringungen ganz knallharte Vorgaben, die wir dann umsetzen können.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leßmann. – Herr Vogel, bitte.

Nic Peter Vogel (AfD): In der zweiten Runde sind eigentlich meine Fragen alle geklärt worden. Ich habe aber noch eine Nachfrage zu einer Frage aus der ersten Runde. Vielleicht können wir darauf kurz eingehen. Ich hatte nach der Solidarität unter den Berufskollegen gefragt, dass also die Ferkel aus den Betrieben, die Absatzprobleme haben, priorisiert werden sollten. Und da die Antwort jetzt hier war, dass die Betriebe das überwiegend bestätigen, wittere ich hier natürlich noch eine kleine Problematik, nicht vollumfänglich, sondern nur überwiegend, und deshalb ist einfach mal meine Frage. Wo drückt es im Schuh? Ist es ein logistisches Problem, ein organisatorisches Problem, oder ist es vielleicht sogar ein Konkurrenzdenken, weil sich einige Betriebe

eventuell mit Existenznöten auseinandersetzen? Vielleicht können Sie das noch konkretisieren. Dann wäre ich zufrieden.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wer könnte das?

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Was die Solidarität auf der Landwirtschaftsseite betrifft, ist unser Eindruck durchaus positiv. Da haben wir jetzt eigentlich ganz gute Rückmeldungen. Auch der Eindruck von meinen Gesprächen mit den Landwirten in letzter Zeit war, dass da durchaus Hilfsbereitschaft untereinander ist. Herr Hartung, wollen Sie noch was dazu sagen? Herr Hartung arbeitet in der Abteilung Landwirtschaft.

RBr Joachim Hartung (MULNV): Am Rande wurde ja auch das Thema „Import“ angesprochen. Es sind die Aufrufe da, heimische Ferkel einzustallen. Das ist die angesprochene Solidarität. Aber klar, es bestehen auch vertragliche Beziehungen ins Ausland. Es kommen Ferkel aus Dänemark und Holland nach Nordrhein-Westfalen rein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Hartung. – Ich habe noch zwei Wortmeldungen, nämlich von Frau Blask und Frau Winkelmann. Frau Blask, bitte.

Inge Blask (SPD): Ich habe noch eine Frage an die Ministerin. Sehen Sie die Möglichkeit, mit den Kreisveterinärämtern in Nordrhein-Westfalen und insbesondere dort, wo der Schwerpunkt der Schweinemast ist, abzusprechen, dass sie sich einfach auch mal das Thema der Unterbringung und der zu vielen Schweine der Ferkelbetriebe angucken? Wo gehen die da hin? Wo sind da diese Möglichkeiten? Wo sind die untergebracht? Ich bitte, uns dann mal zu berichten, wie das ausgesehen hat und wie sich sozusagen diese Solidarität untereinander oder miteinander ausgewirkt hat. Dazu hätten wir gerne eine Information von Ihnen in der nächsten Sitzung.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Ministerin, bitte.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Sie können gerne eine schriftliche Information bekommen, aber es gibt schon jetzt Informationen vom Staatssekretär dazu.

StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV): Wir haben die Kreisveterinärämter, die in den betroffenen Gebieten liegen, telefonisch abgefragt – das LANUV hat das gemacht. Bisher liegen keine Rückmeldungen vor, dass es da wirklich zu ernsthaften Problemen in der Unterbringung gekommen ist, sondern das hat man durch hofeigene Managementmaßnahmen in den Griff bekommen. Also, soweit erst mal positive Rückmeldung von den betroffenen Veterinären. Aber wir werden weiter eng mit denen in Kontakt bleiben, damit dann im Rahmen der Tierschutzüberwachung, die durchgeführt wird, sicherlich auch weiter das Augenmerk auf diese Situation liegt. Und es gehört auch zu einer risikoorientierten Untersuchung und Begehung von Betrieben dazu, dass man

dann, wenn man weiß, da ist ein Problem, darauf ein besonderes Augenmerk legt. Eigentlich gehört das zur normalen Tätigkeit eines Veterinärbeamten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Aber den Bericht können Sie schriftlich bekommen. Die Zahlen können wir Ihnen zur Verfügung stellen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank dazu und jetzt, letzte Wortmeldung, Frau Winkelmann, bitte.

Bianca Winkelmann (CDU): Eigentlich hat sich meine Wortmeldung schon fast erledigt, weil Frau Ministerin das schon ausführlich ausgeführt hat.

Ich wollte eigentlich nur noch mal auf die Kollegin Watermann-Krass eingehen, die den Blick nach vorne wirft, was ich für richtig halte, aber wenn man den Blick nach Berlin wirft und dem Landwirtschaftsministerium irgendetwas vorwerfen will, dann sollte man – darauf hat die Ministerin vorhin schon hingewiesen; ich möchte das nur unterstreichen – erst mal mit der ehemaligen Kollegin Schulze sprechen, die nämlich über das Immissionsschutzrecht im Bundesumweltamt die Umbauten von Ställen, so wie wir sie uns vorstellen, massiv blockiert. Von daher ist es schon ganz niedlich, dass Sie das als Negativbeispiel hier gerade angeführt haben. Sprechen Sie erst einmal mit Ihrer eigenen Ministerin in Berlin, und dann schauen wir mal, wie schnell das dann umzusetzen geht.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Das will ich damit nicht in Abrede stellen.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV): Aber Herr Rüße, Sie wissen, wo es kollidiert, nämlich Immissionsschutzrecht und Tierwohl. Und das heißt schon, dass wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, ob wir Immissionsschutz brauchen. Aber wir müssen gucken, wo Tierwohl und Immissionsschutzrecht kollidieren und wie wir das aufgelöst bekommen.

Bianca Winkelmann (CDU): Der Ansatz ist ja, ohne Bestandsaufstockungen Stallumbauten möglich zu machen. Das ist ja der Kern der ganzen Geschichte. Da wünsche ich mir natürlich von der …

(Zurufe)

– Ja, natürlich! Das genau ist ja auch der Ansatz, der verfolgt wird. Da wünsche ich mir natürlich dann aber auch die Unterstützung von der SPD, zum Beispiel in Berlin.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich glaube, es ist ziemlich allen klar geworden, was heute wichtig ist.

Vielen Dank für diese sehr konstruktive Diskussion und vielen Dank ans Ministerium, an die Staatssekretäre, Frau Ministerin, Herrn Hülsenbusch, Herrn Leßmann und

Herrn Hartung und an alle, die in der zweiten Reihe dazu kamen und sehr wichtige Informationen geliefert haben.

Vielen Dank, eine gute Heimreise und weiterhin einen schönen Urlaub!

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage
06.08.2020/06.08.2020
73

NRW
DIE FRAKTION
SPD

André Stinka MdL
Sprecher für den Arbeitskreis Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2877
Fax: 0211 - 884 3172
andre.stinka@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

08. Juli 2020

Beantragung einer Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

hiermit beantragen wir gemäß § 53 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Landtags NRW eine Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz zu folgendem Tagesordnungspunkt durchzuführen:

Was tut die Landesregierung, um die Krise auf dem Schweinemarkt zu lösen?

Die Krise auf dem Schweinemarkt verschärft sich mit jedem Tag. Die Schlachtkapazitäten sind reduziert, der Druck auf die Schweinepreise nimmt weiter zu. Immer mehr Betriebe bleiben auf ihren schlachtreifen Schweinen sitzen. Die Tierärztekammer fordert, schnelle Lösungen für die aktuelle Situation nach der Corona-bedingten Schließung von Schlachtstätten zu finden. Zahlreiche aktuelle Medienberichte zeigen die Dringlichkeit des Problems zusätzlich auf.

In NRW befinden sich die meisten Mastbetriebe in Deutschland, doch aktuell ist kein aktives Handeln der Landesregierung zur Lösung des Problems erkennbar. Aus diesem schwerwiegenden, besonders dringlichen Grund beantragen wir im Namen der Fraktion der SPD eine Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

Die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung vorab zur Sitzung um einen schriftlichen Bericht. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten

- Wie ist der aktuelle Stand auf dem Schweinemarkt und in den Mastbetrieben?
- Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung den betroffenen Betrieben helfen?
- Wie hilft die Landesregierung den Betrieben, um das Wohl der Masttiere zu sichern?

- Wie will die Landesregierung die im „Branchengespräch Fleisch“ vom 26. Juni 2020 anvisierte Reduzierung von Tierbeständen realisieren?
- Wie hilft die Landesregierung den Landwirten, freie Stallkapazitäten zu identifizieren?
- Wie hilft die Landesregierung den Landwirten und der Schlachtwirtschaft, freie Schlachtkapazitäten zu identifizieren?
- Welche Pläne hat die Landesregierung die regionalisierte Schlachthofstruktur zu stärken und die regionaler Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen im Fleischbereich zu fördern?

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka

Annette Watermann-Krass

Jürgen Berghahn

Inge Blask

Frank Börner

Carsten Löcker

Ernst Wilhelm Rahe

René Schneider

Ina Spanier-Oppermann